

# der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 2/2015



**Recht: Vermögen bleibt geschützt**

**Thema DDR in Schulen**

**Stimme für das Mahnmal**

**Aktuell**

- 3 Strasbourg soll Auskunftsanspruch klären  
Suche nach DDR-Raubkunst  
Aufarbeitung auf sozialistische Art  
Rückzahlung von SED-Geld gefordert  
Neues Osteuropa-Zentrum

**Recht**

- 4 Vermögen bleibt geschützt

**Thema**

- 5 Die DDR als Thema in der gymnasialen Oberstufe
- 7 Lernen für die Zukunft!

**Dokumentiert**

- 8 Kann es das geben?
- 9 Seidenbau im DDR-Strafvollzug

**Mahnmal**

- 10 Stimme für das Mahnmahl
- 11 Aufruf

**International**

- 13 Keine Flugblätter mehr nach Nord-Korea?  
Resolution

**Verbände**

- 14 Ausstellungseröffnung  
Tagungsband  
Wer war dabei?  
Ausgewählte Entwürfe  
Ausstellungen
- 15 Symposium  
Abschied

**Service/Bücher**

- 16 Herbst '89 im Blick der Stasi
- 17 Neue Details zum Häftlingsfreikauf
- 18 Zwischen kommunistischer Diktatur und Kaltem Krieg
- 19 Freiheit heißt, die Angst verlieren

**Service/Veranstaltungen**

17–19

**Umschlagbild**

*Auch 2015 hat die Bundesstiftung Aufarbeitung, gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt, eine Plakatausstellung erarbeitet. Sie erzählt anschaulich, wie „Der Weg zur deutschen Einheit“ in den beiden Deutschlands und auf internationalem Parkett 1989/90 beschriftet wurde. Autor und Kurator der Ausstellung ist der Historiker Ulrich Mähler. Die Exposition ist noch bis zum 2. April 2015 (Mo–Fr, 10.00–19.00 Uhr) im Lichthof des Auswärtigen Amtes, Werderscher Markt 1, 10117 Berlin, zu sehen.*

# Nachdenken über Freiheit

Von Anton Odenthal

Vor siebzig Jahren wurde Dresden bombardiert und Tausende Menschen starben qualvoll. Nach Einschätzung mancher Historiker war es ein Kriegsverbrechen, angeordnet von britischen und amerikanischen Politikern, mit Billigung des sowjetischen Diktators Stalin. Aber es war auch eine Folge von Kriegsverbrechen, die zuvor von der deutschen Nazi-Führung ausgegangen waren. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges mit seinen unvorstellbaren Grausamkeiten hieß es weitgehend: NIE WIEDER KRIEG. Dieser Vorsatz hielt nicht lange, schon fünf Jahre später griffen die kommunistischen Truppen Nordkoreas den Süden des Landes an. Seitdem zog sich wieder eine Blutspur von Gewalt durch die Geschichte. Wer 1989 nach dem Untergang des Warschauer Pakts auf den „ewigen Frieden“ gehofft hatte, der wurde bitter enttäuscht.

Nun, fünfundzwanzig Jahre später, sterben wieder Menschen bei Kämpfen in Europa, nur wenige hundert Kilometer entfernt von der deutschen Grenze. Was in der Ukraine und in Rußland passiert, ist eine elementare Bedrohung unserer Freiheit, denn durch die von Putin betriebene Besetzung der Krim und seinen „Stellvertreterkrieg“ in der Ukraine gibt es eine schleichende Zerstörung des Vertrauens zwischen den Völkern in Europa. Geschickt versucht der vom KGB geschulte Demagoge im Kreml, den Spaltpilz nach Europa zu tragen. Seiner unerträglichen Propaganda in weitgehend gleichgeschalteten Medien, wie der „Stimme Rußlands“, gehen auch in Deutschland viele auf den Leim. Wer als deutscher Politiker in der russischen Botschaft Orden annimmt oder in Chefetagen von dortigen Energieunternehmen aufsteigt, der hat den Blick für die uns drohenden Gefahren verloren.

Wir ehemaligen politischen Häftlinge der sowjetischen Besatzungszone und der DDR-Diktatur wissen, wie wichtig Freiheit ist und was es bedeutet, ohne sie leben zu müssen. Deshalb sind wir besonders gefordert, immer wieder auf Bedrohungen unseres Grundgesetzes hinzuweisen und öffentlich unsere Stimme für die Erhaltung dieser freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu erheben.

Auch innerhalb Deutschlands gibt es Probleme, die viele Jahre negiert wurden. Lange wurde vergessen, eine wirklich fördernde und fordernde Integrationspolitik zu betreiben, an Brennpunkten in Großstädten entstanden „Parallelgesellschaften“. Spätestens nach den Anschlägen in Paris stellt sich erneut die Frage, wie bedroht unsere Freiheit durch Menschen ist, die eine Religion als Waffe benutzen. Nur ein naiver Mensch geht davon aus, daß die Zeit schon alles glätten wird, denn wenn die Freiheit verloren ist, dann ist es sehr schwer, sie wiederzuerlangen.


Aus vielen Quellen wird in unserer Gesellschaft ein Unbehagen gespeist, das sich in Wahlabstinenz oder Demonstrationen entlädt, die zum Teil eine merkwürdige Mischung von Meinungen zeigen. Wenn auf der einen Seite deutsche Medien als „Lügenpresse“ beschimpft werden, gleichzeitig aber der Demagoge Putin in Schutz genommen wird, dann ist das schon eigenartig. Trotzdem darf kein Politiker Menschen diffamieren, die das Recht auf Demonstration in Anspruch nehmen.

Unsere Freiheit ist auch bedroht, weil seit einigen Jahren eine politische Verschiebung in der Sprache stattfindet, seit die bisher etablierten Parteien zur Mitte rückten und der Begriff „rechts“ pauschal zum Kampfbegriff wurde. Zur gleichen Zeit okkupierten die SED-Kader den Begriff „links“ und definierten ihn als „gut“, was selbst von Medien weitgehend übernommen wurde. Vielleicht sollten Politiker und Journalisten einmal das Buch „LTI“ von Victor Klemperer lesen, in dem er beschreibt, wie mit Hilfe von Sprache Menschen manipuliert werden. Terminologie ist eben Widerspiegelung einer Denkweise.

Wenn wir es nicht schaffen, den Wert der Freiheit schon in den Schulen zu vermitteln, den Menschen klarzumachen, daß sie sich politisch einmischen sollen, daß sie die ungeheure Freiheit haben, mit dem Wahlzettel unblutig eine Regierung loszuwerden, dann wird unsere Freiheit zugrunde gehen. Der Weg in die Diktatur kann auch unbemerkt und schleichend beginnen. Bleiben wir wachsam.

## Strasbourg soll Auskunftsanspruch klären


(hws) Die Bild-Zeitung hat eine Klage beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eingereicht, die zur Entscheidung angenommen wurde. Die Zeitung will erreichen, daß das Brandenburger Justizministerium die Namen der 13 Richter, die stasi-belastet sind, offenlegen muß. Vor dem Verwaltungs- und dem Oberverwaltungsgericht Brandenburg hatte die Bild-Zeitung mit der Begründung verloren, die Richter wür-

den sonst „stigmatisiert“. Die Annahme der Beschwerde zeige, so ein Anwalt der Zeitung, „daß der Gerichtshof im Einklang mit seiner bisherigen jüngsten Rechtsprechung grundsätzlich einen Auskunftsanspruch bejaht.“ Nach einer Bild-Klage hatte das Brandenburger Justizministerium bereits einräumen müssen, daß sechs der Richter über die Anerkennung und Rehabilitation von DDR-Opfern entschieden. 

## Suche nach DDR-Raubkunst

(moz) Zu DDR-Zeiten wurde Kunst enteignet, Sammler zum Verkauf gezwungen oder Antiquitäten zurückgehalten, wenn Bürger das Land verließen. Die Frage, wie mit Kunst umzugehen ist, die der DDR-Staat sich unrechtmäßig aneignete, steht jedoch noch ganz am Anfang. Ein Forschungsprojekt, das die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten 2012 gemeinsam mit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Angriff genommen hatte, zeigte bislang keine Ergebnisse. Es sollte untersucht werden, ob in der DDR enteignete Kunstwerke in die Bestände der Schlösser- und Gärten-Stiftung gelangten. Die Akten der von der Staatssicherheit kontrollierten Abteilung Kommerzielle Koordinierung (KoKo) im Außenhandel der DDR waren

nach Angaben der Stiftung bisher nicht zugänglich.

Bereits 2011 hatten Wissenschaftler auf einer Konferenz in Potsdam dringenden Handlungsbedarf angemahnt. Der Jurist Ulf Bischof hat den DDR-Kunstexport untersucht. Er geht davon aus, daß ca. 200 Sammlern Kunstwerke entzogen wurden, zum Teil mit fadenscheinigen Steuerforderungen. Antiquitätenhändler, vor allem in Sachsen, wurden systematisch in den Ruin getrieben, um an die Kunstwerke zu kommen. In den 80er Jahren wurde jährlich Kunst im Wert von 30 bis 40 Millionen D-Mark in den Westen exportiert. Ein Viertel davon war zuvor privaten Sammlern entzogen worden, schätzte der Jurist. 

## Aufarbeitung auf sozialistische Art

(st) In Thüringen will Rot-Rot-Grün Landtagsabgeordnete zwar weiter auf DDR-Verstrickungen prüfen, doch wer für die Stasi gearbeitet hat, soll künftig nicht mehr als „parlamentsunwürdig“ bezeichnet werden, wie ein Gesetzentwurf der Regierungsfraktion vorsieht. Unrecht werde nicht mehr beim Namen genannt, sagte Herbert Wirkner, Beauftragter der CDU-Fraktion für die Opfer des Stalinismus und der SED-Diktatur. Der Änderungsvorschlag von Rot-Rot-Grün müsse nun in erster Linie mit den Opfern und Verfolgten des SED-Regimes besprochen werden.

Heinz Untermann, ehemaliger FDP-Landtagsabgeordneter und Vorstandsmitglied im Förderverein der Gedenkstätte Andreasstraße „Freiheit e.V.“, äußerte sich

entsetzt über die geplante Änderung des Gesetzes zur Überprüfung von Thüringer Landtagsabgeordneten: „Die Aufarbeitung der Stasi-Vergangenheit darf niemals in Frage gestellt werden.“

Die Abschaffung der Bezeichnung „parlamentsunwürdig“ für stasibelastete Abgeordnete sei ein falsches Signal. Auch 25 Jahre nach dem Mauerfall dürfe die Aufarbeitung der SED-Diktatur nicht eingestellt werden. Es sei schon merkwürdig, daß eine solche Gesetzesänderung von den Regierungsfractionen in Thüringen geplant werde, ohne mit den Betroffenen und zuständigen Vereinen gesprochen zu haben. „Das ist Geschichtsaufarbeitung auf sozialistische Art“, kritisierte Untermann im Namen des Verfolgtenverbandes „Freiheit e.V.“. 

## Rückzahlung von SED-Geld gefordert

(mdr) Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow soll sich für die Rückzahlung von früherem SED-Vermögen an die Bundesrepublik einsetzen. Das hat der Vorsitzende der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Rainer Eppelmann, Ende Januar in einem Streitgespräch mit dem Ministerpräsidenten der Linkspartei auf der von der Stiftung veranstalteten Geschichtsmesse in Suhl gefordert. Mindestens 1,5 Millionen Euro verlange er für die Stiftung, um damit weitere Bildungsarbeit zu finanzieren. Hintergrund der Äußerung ist ein Streit um früheres SED-Vermögen in mehrfacher Millionenhöhe. Das Geld liegt zwar schon seit langer Zeit in der Bundesrepublik, eine Schweizer Bank hat aber eigene Ansprüche darauf geltend gemacht und verhindert dadurch die Auszahlung. 

## Neues Osteuropa- Zentrum

(ts) Das Auswärtige Amt finanziert ein neues Institut, daß sich mit dem postsowjetischen Raum beschäftigen soll. Der Ukraine-Konflikt habe deutlich gemacht, schreibt der Tagesspiegel, daß Deutschland die Experten fehlen.

Experten, die den Krieg in der Ukraine, die Denkweise im Kreml und die innenpolitische Gemengelage in Rußland erklären können, würden derzeit dringend gebraucht. Nach dem Ende der Sowjetunion seien Lehrstühle nicht neu besetzt worden, das Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln wurde im Jahr 2000 aufgelöst. Als besonders dramatisch gelte die Entwicklung in den Politik- und Sozialwissenschaften, in denen es nur noch wenige Lehrstühle mit Osteuropaschwerpunkt gibt.

Ein neues Institut soll das nun ändern. Das Auswärtige Amt unterstützt den Aufbau eines Osteuropa-Zentrums in Berlin, das die Entwicklung im postsowjetischen Raum analysieren und Entscheidungsträger beraten soll. In diesem Jahr sind im Haushalt des Auswärtigen Amtes 500 000 Euro für das Zentrum eingeplant, in den kommenden zwei Jahren je 2,5 Millionen Euro. Das Zentrum solle sozialwissenschaftliche Expertise liefern, die schnell abrufbar sein müsse, heißt es in Berlin. Dabei gehe es nicht um Grundlagenforschung, sondern um anwendungsbezogenes Wissen. 

# Vermögen bleibt geschützt

## Sozialamt bekommt keinen Zugriff auf angesparte Ausgleichsleistungen

In einem neuerlichen Beschluß hat der Bundesgerichtshof den privilegierten Status der besonderen Zuwendung für Haftopfer bestätigt. Demnach haben die Sozialämter grundsätzlich keinen Zugriff auf Entschädigungsleistungen für frühere DDR-Haftopfer.

Hintergrund war ein Fall aus Wernigerode (Sachsen-Anhalt). Ein Mann hatte in der DDR eine rechtsstaatswidrige Haft verbüßen müssen. Hierfür hatte der Betroffene Leistungen der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge sowie die besondere Zuwendung für Haftopfer, auch Opferrente genannt, erhalten. Diese Leistungen sparte der Mann im Laufe der Jahre an, so daß er zwischenzeitlich über einen Betrag von mehr als 20 000 € verfügen konnte.

Der Betroffene stand seit 1994 unter Betreuung. Der gerichtlich bestellte Berufsbetreuer wurde, wie es den gesetzlichen

hängig gemacht werden, soweit dies für den, der das Vermögen einzusetzen hat, [...] eine Härte bedeuten würde.“ Zwar müßte angespartes Vermögen grundsätzlich zum Einsatz gebracht werden, „wobei die Herkunft des Vermögens grundsätzlich unerheblich ist.“

Allerdings könne „in Einzelfällen die Herkunft des Vermögens dieses so prägen, daß seine Verwertung eine Härte darstellen würde“. Denn „einen angemessenen Ausgleich für ‚Nachteile, die dem Betroffenen durch eine Freiheitsentziehung entstanden sind‘ (vgl. § 16 Abs. 1 StrRehaG), bieten die sozialen Ausgleichsleistungen nur dann, wenn sie dem Betreuten uneingeschränkt zur Verfügung stehen und er frei darüber entscheiden kann, wie er die erhaltenen Mittel nutzt“.

Daher stelle der Einsatz des angesparten Vermögens eine besondere Härte im Sinne des § 90 Abs. 3 SGB XII dar. Das von den Leistungen wegen der DDR-Haft des Antragsstellers angesparte Vermögen dürfe nicht angetastet werden.

Daß hierfür erst eine Entscheidung des Bundesgerichtshofs ergehen mußte, ist der Formulierung des § 16 Abs. 4 StrRehaG geschuldet. Demnach bleiben „die Leistungen nach den §§ 17 bis 19 als Einkommen bei Sozialleistungen, deren Gewährung von anderen Einkommen abhängig ist, unberücksichtigt“. Wohlge-merkt als Einkommen, nicht als Vermögen. Einkommen wird aber zu Vermögen, wenn man es anspart.

Zur Klärung der Frage, wie mit aus Entschädigungsleistungen angespartem Vermögen umzugehen ist, hat die Entscheidung einen weiteren Teil beigetragen. Auch macht der Bundesgerichtshof mit Verweis auf eine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts eine Einschränkung, indem er sagt, daß aus der Einsatzfreiheit einer Sozialleistung als Einkommen regelmäßig nicht auf die Einsatzfreiheit des daraus gebildeten Vermögens als Härtefall geschlossen werden kann. Dies kann aber „im Rahmen der Vermögensanrechnung durchgreifen, weil das Vermögen den gleichen Zwecken zu dienen bestimmt ist, wie die laufende Zahlung selbst.“

Dies sei bei Leistungen nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen der Fall.

Denn diese haben im Gefüge der Sozialleistungen einen besonderen Status. Sie sollen dem Betroffenen unabhängig von seinem sonstigen Einkommen zur Verfügung stehen.

Zweck dessen ist es, dem Antragsteller die Möglichkeit zu geben, „sich über die Deckung des allgemeinen Lebensbedarfs hinaus Annehmlichkeiten verschaffen zu können.“ Wie er die Gelder nutzt, darüber solle er allein entscheiden dürfen. Es obliegt ihm also auch die Entscheidung über den Zeitpunkt, an welchem er auf die Mittel zugreifen will. Dies wäre nicht der Fall, müßte der Betroffene die Betreuungskosten mit dem angesparten Vermögen bestreiten. Die Entscheidung des Bundesgerichtshofs ist insofern eine konsequente Umsetzung des gesetzgeberischen Willens, den das Bundessozialgericht in einer Entscheidung aus dem Jahr 2013 konkretisiert hat. Demzufolge prägt die Opferpension „die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Versicherten nicht mit. Ihre bloße Eignung, auch zum Bestreiten des allgemeinen Lebensunterhalts verwendet werden zu können, reicht insoweit nicht aus, weil die Erfüllung des mit ihr verfolgten Zwecks nicht mehr gewährleistet wäre, wenn dem Betroffenen die Leistung nicht ungekürzt zur Verfügung stünde. Die Opferpension kann nach der ihr vom Gesetzgeber beilegenden Sonderstellung bei wertender Betrachtungsweise nicht als der Befriedigung des allgemeinen Lebensunterhalts dienend eingestuft werden. Vielmehr liegt ihr der [...] charakteristische Gedanke zugrunde, daß der Betroffene ein von der Allgemeinheit mit auszugleichendes Sonderopfer erlitten hat.“

Die hier vorgestellte Entscheidung dürfte eine gute Nachricht für all diejenigen sein, die unter Betreuung stehen. Aber auch darüber hinaus entfaltet diese Grundsatzentscheidung Wirkungen. Denn der Bundesgerichtshof stellt grundsätzliche Erwägungen über die Verwertbarkeit von Vermögen, das aus SED-Entschädigungsleistungen gebildet wurde, an. Über diese Feststellungen werden Behörden und Gerichte in Zukunft nicht ohne weiteres hinwegkommen.

(Az: XII ZB 542/13)

Florian Kresse, Jurist

### Achtung!

(fn) Die Erhöhung der Opferrente ab Januar 2015 muß nicht extra beantragt werden.

Im Freistadt Sachsen beginnt die erhöhte Zahlung erst im März 2015, dann wird auch eine Nachzahlung für die Monate Januar und Februar überwiesen.

Vorgaben entspricht, vom Sozialamt bezahlt. Bis Juli 2012 erhielt der Betreuer insgesamt einen Betrag von 18 648 €.

Das zuständige Amtsgericht in Wernigerode hatte nun den Betroffenen verpflichtet, die Betreuungskosten aus seinem angesparten Vermögen teilweise zu entrichten. Dabei sollte der Betroffene einen einmaligen Betrag von 8 839,38 € an die Staatskasse zahlen.

Hiergegen wandte sich der Betroffene und zog vor das zuständige Landgericht Magdeburg, welches die Rechtsauffassung des Amtsgerichts bestätigte. Da er sich damit nicht zufrieden gab, rief der Betroffene den Bundesgerichtshof an, welcher ihm mit Beschluß vom 26. November 2014 letztlich recht gab.

Dies tat er mit Hinweis auf eine Härtefallregelung (§ 90 Abs. 3 SGB XII). Demnach darf Sozialhilfe „nicht vom Einsatz oder von der Verwertung eines Vermögens ab-

# Weißer Fleck im Lehrplan

## Die DDR als Thema in der gymnasialen Oberstufe

Von Alexander Grow

In seinem vielbeachteten Buch „Endspiel“ über die Ursachen und den Verlauf der friedlichen Revolution von 1989/90 hält Ilko-Sascha Kowalczyk fest, daß „alle aktuellen Erhebungen [...] bestürzende Zeugnisse davon [liefern], was Jugendliche in Ost wie West heute über die DDR und speziell über ‚1989‘ wissen, besser: nicht wissen“ (Ilko-Sascha Kowalczyk: „Endspiel“, Die Revolution von 1989, München 2009, S. 545 mit weiterführenden Literaturhinweisen). Tatsächlich haben wissenschaftliche Studien der letzten Jahre diesen traurigen Befund bestätigt, nach dem Kenntnisse über die DDR bei Schülern, die nach 1989 geboren wurden, lückenhaft sind und dementsprechend ihre Wertungen über den ostdeutschen Teilstaat nur sehr unvollkommen die Unterschiede zwischen freiheitlich-demokratischem Rechtsstaat und diktatorischem Unrechtsstaat erkennen lassen (vgl. dazu: <http://www.spiegel.de/schulspiegel/wissen/ahnungslose-schueler-ddr-ein-sozialparadies-keine-diktatur-a-567907.html>, sowie: [http://www.fu-berlin.de/presse/information/fup/2012/fup\\_12\\_211/](http://www.fu-berlin.de/presse/information/fup/2012/fup_12_211/) vom 7.8.2012).

Kaum eine Ausnahme macht da das Bildungsland Hessen, wo jüngst ein Geschichtslehrer in seinem Unterricht während einer Rechercheaufgabe eher zufällig bemerkte, daß eine Schülerin DDR als „Das Dritte Reich“ auffaßte (vgl. dazu: <http://www.faz.net/aktuell/politik/20-jahre-mauerfall/schuelerwissen-ddr-das-steht-doch-fuer-das-dritte-reich-1879991.html>).

Angesichts der in ihrer Bedeutung nicht zu unterschätzenden Bemühungen staatlicherseits um Aufarbeitung der SED-Diktatur und dem damit verbundenen hehren Anspruch der Sensibilisierung vor allem der heranwachsenden Generation für die Werte einer freiheitlichen Demokratie erscheint das hier nur andeutungsweise genannte Ergebnis desaströs, zumal die in der Öffentlichkeit nach wie vor wahrnehmbaren Tendenzen zur Verklärung der DDR die Notwendigkeit von Aufklärung über den wirklichen Charakter des Regimes noch unterstreichen.

Immerhin: Das Land Hessen hat auf dieses Defizit inzwischen reagiert und eine ausgezeichnete Lehrerhandreichung zur

DDR-Geschichte vorgelegt (Leben in der DDR – Hintergrund, Quellen, Fragen; hrsg. v. Hessischen Kultusministerium, 2011). Auch fehlt es nicht an Angeboten zur Lehrerfortbildung seitens der Point-Alpha-Stiftung oder Hinweisen zur Teilnahme an Schülerwettbewerben zum Thema DDR. Freilich kommen all diese Bemühungen um eine tiefere Ursachenforschung für die erkannte Schieflage nicht herum. Zu Recht moniert Ilko-Sascha Kowalczyk, daß sich nach 1989/90 die wissenschaftliche Erforschung des Kommunismus im allgemeinen und die der DDR im besonderen im universitären Lehrstuhlbetrieb nicht etablieren können (Ilko-Sascha Kowalczyk: „Endspiel“, a.a.O., S. 544). Mit fatalen Folgen, „denn wenn künftige Geschichtslehrer an den Universitäten kaum Möglichkeiten haben, sich mit der DDR-Geschichte auseinanderzusetzen, so schlägt sich dies später auch in ihrem Beruf nieder“ (ebd., S. 545).

Hinzu kommt ein weiteres Problem, das – pars pro toto – am Beispiel des gymnasialen Oberstufenunterrichts in Hessen an dieser Stelle genannt werden muß: Eine intensive Behandlung der Geschichte der DDR ist angesichts des hohen Lerntempos, das nötig ist, um die Schülerinnen und Schüler für das zentrale Landesabitur Geschichte vorzubereiten, beinahe ausgeschlossen. Der Hinweis darauf, daß das Thema zum Pflicht-Lehrplanprogramm gehört, ist wenig hilfreich, weil die Umsetzung in die unterrichtliche Praxis im Hinblick auf die enorme Fülle des zügig abzuarbeitenden Stoffes bis zum Tag der schriftlichen Prüfung der Komplexität des Themas nicht gerecht werden kann. Auch eine geschickt vorgenommene didaktische Reduktion gerät gerade bei der Behandlung der DDR-Geschichte schnell an ihre Grenzen, was uns zu einem weiteren, themenspezifischen Aspekt führt, der die Problematik zusätzlich verschärft: Der Einstieg in das Thema DDR erfolgt ohne Vorkenntnisse über die marxistisch-leninistische Ideologie und die ihr innewohnende Zwangsläufigkeit von Repression und Terror, die systemlogisch in die stalinistischen Verbrechen mündete. Der Oberstufenlehrplan weist hier einen weißen Fleck auf. So ist im Rahmen der Gründungsgeschichte der DDR von der Gruppe Ulbricht zwar die Rede, deren Vor-

gehensweise und ihre die DDR nachhaltig prägenden wirklichen Ziele können aber von den Schülerinnen und Schülern in ihrer ideologisch-dialektischen Verankerung kaum erkannt werden. Auf strukturell ähnlich zu begründende Schwierigkeiten stößt die unterrichtliche Praxis bei der Klärung des Unterschieds zwischen westlich-pluralistisch-offener Demokratie und sowjetisch implantierter Volksdemokratie.

Der Einwand, daß das Thema „Marxismus“ im Stoffplan des ersten Halbjahres

der sogenannten Phase Q 1 Erwähnung findet, ist zwar richtig, doch erfolgt dies nur in Anbindung an die „Soziale Frage im Rahmen der Industrialisierung im 19. Jahrhundert“, ist also wiederum ein Teilaspekt, der lehrplanmäßig zudem neutral formuliert ist – mithin also völlig offen läßt, inwiefern auf die fatalen Folgen marxistisch angelegter Politik hinzuweisen ist. Die zentralen Prüfungsaufgaben 2007 zeigten dann auch, daß für die Lehrplangestalter diese wichtige Facette des Themas irrelevant war. Allerdings: Es ist möglich. Dagegen erscheinen Leninismus und Stalinismus noch nicht einmal als Stichwörter.

Trotz der hier skizzierten ungünstigen Voraussetzungen bemüht sich der Fachbereich Geschichte der Melanchthon-Schule (ein Gymnasium in privater Trägerschaft der evangelischen Kirche Kurhessen-Waldeck) seit einigen Jahren im Rahmen von außerunterrichtlichen Projekten, den dargestellten Defiziten entgegenzuwirken, wobei sich folgende Strukturierung als sinnvoll erwiesen hat: Zunächst erhalten die Schülerinnen und Schüler der Oberstufen-Geschichtskurse zur eigenständigen Vorbereitung einen Reader, der ihnen einen knappen Überblick über 40 Jahre DDR-Geschichte vermittelt. Darauf aufbauend nehmen sie an einem eintägigen Workshop teil, der von der Deutschen Gesellschaft e.V. durchgeführt wird. Die gelesenen Vorinformationen werden hier in methodisch vielfältiger Weise unter einem Schwerpunkt vertieft. So stand der



Ilko-Sascha Kowalczyk: *Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR*, C.H. Beck 2009, 602 S., 24,90 €



Workshop des Sommerhalbjahres 2013 anlässlich des 60jährigen Jubiläums des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 unter dem Motto „Freiheit ist...“. Im Jahr darauf untersuchten die Schülerinnen und Schüler vor allem Ursachen, Verlauf und Ergebnis der friedlichen Revolution 1989. Der Arbeit im Workshop schlossen sich – je nach organisatorisch-terminlichem Rahmenplan – zum einen eine Exkursion zur Gedenkstätte Point Alpha, zum anderen ein Zeitzeugengespräch mit einer Person, die in der DDR politisch verfolgt wurde, an.

Tatsächlich erweist sich der Besuch des „Hauses auf der Grenze“, das u.a. eine Dauerausstellung zum Kapitel „Leben an der innerdeutschen Grenze“ anbietet und außerdem Ausgangspunkt eines Ganges an der ehemaligen Grenze ist, der die Entwicklung der Grenzsicherungsanlagen von 1945 bis 1989 verdeutlicht, als sehr lehrreich: „Sowohl die Ausstellung als auch die Grenzbegehung mit original-treuen Bestandteilen der Grenze (Wachturm, Metallgitterzaun, Hundelaufleine) vermittelten mir ein nur zu authentisches Bild der Situation, die sich einem Flüchtling bot, der kühn genug war, die Flucht zu wagen.“ (Abdruck mit Genehmigung des Schülers Christian P. des Leistungskurses Geschichte 2014)

Diese Schülersicht wird von einer Mitschülerin geteilt: „Ich finde, dieses Museum an der ehemaligen innerdeutschen Grenze vermittelt einen sehr interessanten Einblick in die Geschichte der Grenze: den schrittweisen Ausbau, die Fluchtversuche und den Kalten Krieg.“ (Abdruck mit Genehmigung der Schülerin Johanna M. des Leistungskurses Geschichte 2014)

## Leben in der DDR – Hintergründe, Quellen, Fragen

### Lehrerhandreichung des Hessischen Kultusministeriums

(bsta) Die umfassende Handreichung geht auf einen einstimmigen Beschluß des Hessischen Landtages zurück und soll das didaktische Angebot für die Lehrkräfte erweitern. Es werden die Grundzüge der Repression in der SED-Diktatur herausgestellt. Von den gesellschaftlichen Grundlagen über das Alltagsleben sowie den Widerstand bis hin zur Friedlichen Revolution und dem heutigen Blick auf die DDR-Geschichte beleuchtet dieses Heft die wesentlichen Aspekte des Unrechts der SED-Diktatur.

Die verschiedenen Themenpunkte sind jeweils durch einführende Texte unterstützt und mit Hilfe verschiedener Quellen für die Bearbeitung im Unterricht aufbereitet. Zusätzlich bietet die Handreichung Arbeitsanregungen, weitere themenbezogene Recherchemöglichkeiten und Literaturhinweise. Durch die Vielseitigkeit der Quellen (z.B. Berichte, Liedtexte, Fotos Zeitungsmeldungen) und der einzelnen thematischen Aspekte läßt sich die Handreichung innerhalb verschiedener Schulfächer nutzen.

Im Vordergrund stehen Demokratieerziehung und der angestrebte Erkenntnisgewinn der Schülerinnen und Schüler, daß die DDR und Diktaturen im allgemeinen stets eine Form der Unterdrückung sind. Besonders mit Blick auf die gegenwärtige Situation im Umgang mit der DDR-Geschichte und der teilweisen Verklärung dieser will die Handreichung die Schülerinnen und Schüler frühzeitig in der kritischen Betrachtung schulen. Daneben sollen besonders die historischen Methodenkompetenzen durch den kritischen Umgang mit Quellen gefördert werden.

Hessisches Kultusministerium (Hrsg.): Leben in der DDR – Hintergründe, Quellen Fragen, Wiesbaden 2011

Verwendbar für die Klassenstufen 11–13, 5–10 in den Unterrichtsfächern Sport, Musik, Ethik, Deutsch, Geschichte, Politik

Bezug über: [www.kultusministerium.hessen.de](http://www.kultusministerium.hessen.de)

Der Fachbereich Geschichte konnte zudem in den letzten Jahren als Referentin Ellen Thiemann gewinnen. Bekanntlich gehört Frau Thiemann, die über ihr Schicksal als politisch Verfolgte, Verurteilte und im berüchtigten Frauenzucht-haus Hoheneck Inhaftierte mehrere bemerkenswerte Bücher geschrieben hat, zu den seit vielen Jahren besonders engagierten Zeitzeuginnen. Da sie es darüber hinaus versteht, den Schülerinnen und Schülern ihren Leidensweg hautnah und

eindringlich zu beschreiben und so jungen Menschen authentisch vermittelt, warum die DDR zu Recht eine Diktatur und ein Unrechtsstaat genannt wird, darf gerade dieser Teil des DDR-Schulprojekts als Höhepunkt bezeichnet werden. Stellvertretend für die Schülersicht äußerte sich eine Kursteilnehmerin: „Ellen Thiemann hielt einen eindrucksvollen Vortrag von ihrem Leiden als politische Gefangene im DDR-Gefängnis.“ (Abdruck mit Genehmigung der Schülerin Johanna M. des Leistungskurses Geschichte 2014)

In einer das Gesamtprojekt nachbereitenden Besprechung zogen sowohl die Fachkollegen als auch die teilnehmenden Schülerinnen und Schüler das Fazit, daß dieses Projekt den Fachunterricht nicht nur didaktisch entlastet und methodisch bereichert hat, sondern im Sinne der Eingangsfeststellungen dazu beiträgt, die heranwachsende Generation für die Geschichte der DDR zu sensibilisieren und Wissensdefiziten entgegenzusteuern. Überlassen wir das Schlußwort einem Schüler (Abdruck mit Genehmigung des Schülers Christian P. des Leistungskurses Geschichte 2014): „Kurz: Dieses Projekt ist weiterzuempfehlen!“

(Der Autor, geb. 1959, ist Studienrat für Geschichte am Gymnasium der Melancthon-Schule, seine Eltern flüchteten aus der DDR.)



Foto: Sven Teschke

Mahnmal an der ehemaligen innerdeutschen Grenze bei Point Alpha.

# Lernen für die Zukunft!

## Ein Zeitzeuge bei jugendlichen Häftlingen

Durch die zufällige Bekanntschaft mit dem Anstaltsleiter der Justizvollzugsanstalt Iserlohn, Regierungsrat Joachim Güttler, hatte ich Gelegenheit, 2013 einen Zeitzeugenvortrag mit Bildern zu präsentieren.

In der Jugend-Justizvollzugsanstalt Iserlohn waren damals 914 Jugendliche im Alter von 14 bis 24 Jahren untergebracht. Während der Vorbesprechung und Themenfestlegung nutzte ich die Möglichkeit, das Jugendgefängnis zu besichtigen, mit den Vollzugsbeamten und mit den jugendlichen Häftlingen zu sprechen. Die Knast-Musik – das Schließen und Öffnen der Türen – hat mich an meine Gefäng-

zweieinhalb Stunden. Bewußt hatte ich die offene Vortragsweise gewählt, um auch alle Teilnehmer erreichen zu können. Meine Ausführungen und Erläuterungen lockerte ich auf durch das Einfließen von russischen Befehlen, Kommandos und Schimpfwörtern. Russisch sprechende jugendliche Häftlinge haben diese Wörter übersetzt, und so konnte ich die Zuhörer fesseln und mit einbinden.

Unterstützt wurde ich dabei von den Sozialpädagogen der Vollzugsanstalt Iserlohn, Frau Häusel und Herrn Mohr. Herr Mohr führte dabei sehr einfühlsam die Bilder vor. Der Vortrag kam gut an, die jugend-

Koreanern kennenlernte, gab es unter den Deutschen leider nicht. (Eine Kameradin, die ebenfalls in Workuta war, hat diese Tatsache auch in ihrem Buch beschrieben.)

Dennoch gab es ein paar ältere Kameraden, die uns Jugendliche zum Lernen anhielten und so auch im Lagerleben unterstützten. Wir waren immer sechs bis acht Jugendliche in einer Brigade: Lothar R. (18 Jahre), später Gaststättenbesitzer, verstorben; Gerhard K. (18 Jahre), später Prof. Dr. med.; Joachim G. (17 Jahre), später Polizeioberst, verstorben; Wolfgang K. (17 Jahre), später Diplom-Ingenieur, verstorben; Willi M. (16 Jahre), später Besitzer eines Antiquitätengeschäfts; Herbert H. (16 Jahre), später Diplom-Ingenieur; Werner Sch. (18 Jahre), später Journalist; Günter Sp. (16 Jahre), später Fahrer des Oberbürgermeisters einen großen Stadt, verstorben; Werner Sp. (18 Jahre), später Diplom-Ingenieur. Wir ehemaligen Jugendlichen aus dem Gulag hatten und haben untereinander immer sehr gute Kontakte.

Der Kamerad Gerhard Sch. hatte zum Chef der Lagerküche, Leo W., gute Beziehungen. Jeden Abend durfte nur „einer“ eine Portion Brei in der Kartoffelschälküche vom Küchenchef abholen. Ältere Kameraden (Fritz K., Otto R., Helmut L.) haben für uns aus Zementsäcken kleine Vokabelhefte angefertigt. Vokabelhefte waren allerdings im Lager verboten, deshalb hat der Invalide Richard M. die Hefte gut für uns versteckt. So haben wir schnell die russische Sprache erlernt und konnten auch, wenn es notwendig war, als Übersetzer helfen.

Nach diesem Vortrag hieß meine Botschaft: Lernen, lernen, lernen. Lernen für die Zukunft! Ausführlich habe ich auch erzählt, wie es nach der Entlassung weiterging und wie wir Jugendlichen im Leben und in der Gesellschaft wieder Fuß gefaßt haben. Fazit: Der Vortrag ist gut angekommen, weitere Vorträge in der Haftanstalt sind geplant.

Werner G. Sperling

## Berufliche Aus- und Weiterbildung

Die JVA Iserlohn ist eine Anstalt in NRW, die auch die Berufsausbildung für Gefangene anbietet. Sie verfügt derzeit über 90 Ausbildungsplätze in verschiedenen Bereichen.

Ausgebildet werden:

- Elektroniker
- Modulare Qualifizierung Elektronik
- Hochfacharbeiter mit Weiterführung zum Maurer
- Teilezurichter
- Industriemechaniker (Maschinen- und Systemtechnik)
- Zerspanungsmechaniker (Fachrichtung Drehtechnik)
- Modulare Qualifizierung für Metallberufe
- Bauten- und Objektbeschichter mit Weiterbildung zum Maler und Lackierer
- Modulare Qualifizierung im Bereich Maler und Lackierer

(Quelle: Wikipedia)

niszeit im KGB-Gefängnis Lindenstraße in Potsdam erinnert. Das Jugendgefängnis Iserlohn ist mit dem KGB-Knast aber nicht zu vergleichen. Die Vollzugsbeamten sind sehr umgänglich und menschlich. Über das gute Verhältnis zwischen Lehrpersonal und Häftlingen konnte ich nur staunen.

In einem Zeitzeugenbericht erläutern Zeitzeugen, was sie selbst erlebt haben. Es geht um ganz persönliche, subjektive Quellen für Vergangenes, dabei handelt es sich um Erlebnisse und Erfahrungen – im Geschichtsunterricht ein guter Ausgangspunkt für spannende Darstellungen. Zeitzeugenberichte müssen wahrheitsgemäß vorgetragen werden. Übertreibungen und Verharmlosungen haben darin nichts zu suchen. Leider bleiben durch natürliche Selektion immer weniger Zeitzeugen übrig, sowohl aus der Zeit der braunen als auch der roten Terrorwelle.

Mein Bildvortrag besteht aus 100 Bildern – Fotografien, Zeichnungen und Skizzen. Geplant waren zwei Stunden, durch die Kommentare und Erklärungen wurden es

lichen Häftlinge waren sehr aufmerksam und teilweise durch die Bilder des KGB-Aufsehers, Major Danzig Baldajew, und der Kameraden L. Scholz und W. Groß schockiert.

Die Präsentation stand unter dem Motto „Lernen für die Zukunft!“ Lernen für die Zukunft war nämlich auch unsere Devise im Gefängnis und im Gulag Workuta. Wir Jugendlichen mußten neben der schweren Arbeit auch täglich ein Pensum lernen. Russisch stand neben Mathematik an erster Stelle. Wer seine 20 bis 25 Vokabeln schaffte, der bekam zur Belohnung 200 bis 300 Gramm Brot. Besonders der Kamerad Gerhard Sch., der als Lagerelektriker arbeitete, achtete auf die Erfüllung des Pensums. Lagerkameradschaften, wie ich sie von den Japanern, Esten und



Eingangsbereich der JVA Iserlohn.

# Kann es das geben?

Presseerklärung von Reiner Kunze am 18. November 2014 in Jena

Für Frau Sahra Wagenknecht ist die Reformpolitik in der ČSSR 1968 und ab 1986 in der Sowjetunion eine „Untergrabung des Sozialismus“.

Frau Wagenknecht begrüßt, daß Walter Ulbricht die „neue Deutschlandpolitik, auf die Moskau sich seit der Brandt-Scheel-Regierung verstand, ... mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln unterließ“, und betont, daß es dabei auch „um die grundlegenden Prinzipien der Taktik“ gegangen sei, „die es dem Weltimperialismus gegenüber zu verfolgen galt, seit dieser eine neue außenpolitische Strategie – die Entspannungspolitik – entwickelt hatte“. Ulbrichts Sturz gilt Frau Wagenknecht als das Grundübel der Entwicklung in der DDR nach 1971. Sie schreibt: „Sämtliche späteren Niedergangserscheinungen lassen sich unschwer auf die in jenem Zeitraum eingeleiteten Veränderungen zurückführen. (...) Für Ulbricht blieb das sozialistische Deutschland (wie perspektivisch der Weltsozialismus) Endziel und Maßstab seiner Tätigkeit.“ Frau Wagenknecht nennt die friedliche Revolution von 1989 eine „direkte Konterrevolution“.

Wir haben es bei Frau Wagenknecht also mit einer Gegnerin des Prager Frühlings, mit einer Gegnerin der Entspannungspolitik der Brandt-Scheel-Regierung, mit einer Gegnerin der friedlichen Revolution von 1989 und mit einer Vertreterin eines nach ihren eigenen Worten „konsequenten, kompromißlosen Kampfes“ zu tun, dessen „letzliches Ziel ... die Überwindung dieser Gesellschaftsordnung“ ist. In diesen Äußerungen von Frau Wagenknecht paaren sich politische Finsternis und ideologisches Sendungsbewußtsein, wie man es zu Beginn des 21. Jahrhunderts nicht mehr für möglich halten sollte. Eine Mehrheit der Partei Die Linke hat diese Frau jedoch zu einer der zwei ersten Stellvertreterinnen des Vorsitzenden ihrer Bundestagsfraktion gewählt. Das müßte sozialdemokratischen und grünen Bürgerrechtlern eigentlich genügen, um zu wissen, was sie von dieser Partei zu halten haben. Aber eben sozialdemokratische und grüne „Konterrevolutionäre“ scheinen zu beabsichtigen, ein Mitglied der Partei Die Linke zum Ministerpräsidenten ihres Bundeslandes zu wählen. Ich habe mir längst abgewöhnt anzunehmen, daß es etwas gibt, das es nicht geben kann. In diesem Fall frage ich mich dennoch: Kann es das geben?

Hinzu kommt, daß die Partei Die Linke eine Art Kokon der Kommunistischen Plattform ist. Dieser Plattform, heißt es beschwichtigend, gehöre nur eine verschwindende Minderheit von Parteimitgliedern an. Aber es waren immer nur verschwindende Minderheiten, die im entscheidenden Augenblick die Initiative ergriffen. Nebenbei: In der Vergangenheit pflegte eine der ersten Maßnahmen dieser Minderheiten darin zu bestehen, mit dem nicht konformen Teil der Mehrheit kurzen Prozeß zu machen.

Wenn Frau Wagenknecht im Zusammenhang mit ihrer Wahl an die Fraktionspitze der Partei Die Linke mitteilt, sie lasse ihre Mitgliedschaft in der Kommunistischen Plattform ruhen, ist das nach meinem Verständnis ein ideologisches Schläfertum mit Ansage. Das Ungeheuerliche dieser Mitteilung besteht darin, daß Frau Wagenknecht viel zu intelligent ist, um anzunehmen, andere Menschen würden nicht durchschauen, was das heißt, die Mitgliedschaft in der Kommunistischen Plattform ruhen zu lassen. In

## „Ideologisches Schläfertum mit Ansage“

der Tatsache, daß sie die Ansage dennoch macht, sehe ich eine Verhöhnung, um nicht zu sagen Verachtung jener, die vom Endziel Kommunismus historisch genug haben.

Ich habe Zeiten erlebt, in denen man von solchen Menschen sagte, die Geschichte werde über sie hinweggehen, und das „Hinweggehen“ war nicht nur abstrakt gemeint. 1990 sagte in Ostberlin der Geheimdienstoberstleutnant a.D. Willi Rom in einem Interview mit Jürgen Serke: „Die Partei, die ist noch da. Die KPD hat unter viel schwierigeren Umständen gekämpft. Sie hat nie aufgegeben. Sie gibt vielleicht ihren Namen auf, heißt SED oder PDS, aber sie gibt nie ihr Ziel auf. Warten Sie ab. Das, was hier in der DDR passiert, ist noch lange nicht fertig... Die darauf hoffen, daß der Kommunismus am Ende ist, hoffen vergebens.“ 1997 sagte Gregor Gysi auf dem Schweriner PDS-Parteitag: „Wir wollen ein Teil dieser Gesellschaft sein, um sie dann grundlegend verändern zu können.“

Sahra Wagenknecht spricht im Hinblick auf die friedliche Revolution in der DDR von einer „direkten Konterrevolution“ und vom „konterrevolutionären Herbst 1989“, und das „Ja“ zur deutschen Einheit nennt sie „berüchtigt“. Die Folgen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), die Prinzipien zur Wahrung der Menschenrechte festschrieb, bezeichnet sie als „verheerend“, und im XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, auf dem Chruschtschow die stalinistischen Verbrechen thematisierte, sieht sie den „Beginn einer Revision marxistischer Grundsätze“. Auch rechtfertigt sie den „Kampf gegen sämtliche Spielarten des Revisionismus und der bürgerlichen Ideologie in den Geisteswissenschaften und den Künsten der DDR“. „Die Linke“, sagt Frau Wagenknecht, „ist antikapitalistisch“, und das Ziel besteht für sie im „Weltsozialismus“. [...]

Im Mdb-Pressedienst Nr. 383 vom 22. Juni 1995 bezeichnete der Schriftsteller Gerhard Zwerenz, damals Mitglied der PDS und des Deutschen Bundestags, die ehemalige DDR-Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley, Joachim Gauck und „rechte Bundestagsausschußmitglieder“ als „Hitlers Kinder“, weil sie das PDS-Mitglied Gregor Gysi mit Aktenmaterial des Ministeriums für Staatssicherheit konfrontiert und ihre Schlüsse daraus gezogen hatten. Zwerenz fügte drohend hinzu: „Wir werden die Umtriebe protokollieren für die nächste Wende. Sie kommt gewiß in diesem wendereichen Zeitalter.“ Der Schriftsteller Ralph Giordano entgegnete Zwerenz: „Das halte ich für eine persönliche Feme-Drohung... Das ist die Offenbarung einer Vision, die ... etwas erzählt von einer ‚Wende...‘, die sich nicht unter dem Zeichen der demokratischen Republik, sondern unter einem Hammer- und Zirkel-Deutschland vollzogen hätte, mit der Expansion der Stasi bis an den Rhein, an dem dann die Nationale Volksarmee die Wacht gehalten hätte...“

Mit Poststempel vom 15.6.1995 erhielt ich aus Greiz, wo wir zu DDR-Zeiten wohnten, einen anonymen Brief, der mit der Drohung endete: „Wenn wieder eine Wende kommt, und sie kommt bestimmt...“ In einem Brief, der mich aus Weimar erreichte und vom Absender unterschrieben ist, heißt es: „Doch Sartre

hatte wohl recht: „Ein Antikommunist ist und bleibt ein Hund.“ Am 3. Oktober 2009, an dem sich der „Mauerfall“ zum zwanzigsten Mal jährte, las ich in Berlin auf Einladung des Freien Deutschen Autorenverbandes aus dem Buch „Die wunderbaren Jahre“. Eine Viertelstunde nach Beginn der Lesung verließen zwei Herren den Saal und nahmen kurz darauf ihre Plätze wieder ein. Wenige Minuten später erhoben sich mit ihnen en bloc zehn bis fünfzehn Personen, verließen störend die Veranstaltung und behaupteten, das, was in dem Buch „Die wunderbaren Jahre“ steht, habe es in der DDR nie gegeben, das Buch sei Lüge und Hetze. Die Parteizugehörigkeit einer der protestierenden Personen war den Veranstaltern bekannt.

Wenn jemand der Partei Die Linke beitrifft, frage ich mich, warum. Will er, was Herr Gysi will – die Gesellschaft grundlegend verändern? Was immer Herr Gysi darunter versteht – die grundlegende Veränderung der Gesellschaft ist nicht möglich, ohne das geltende Grundgesetz außer Kraft zu setzen. Will er das? Oder will er, wie Frau Wagenknecht, den Weltsozialismus? (Ich lasse traditionelle oder niedere Beweggründe, einer Partei beizutreten, ebenso außer Betracht wie Beitritte, die auf Veränderungswünschen beruhen, die

das parlamentarische System der Bundesrepublik Deutschland nicht in Frage stellen.)

In einem Essay von Ulrich Schacht heißt es, der „eigentliche Ursprung jenes heute so oft beschworenen ‚Zivilisationsbruchs‘, der in den Vernichtungssystemen von Auschwitz und Gulag vorläufig endete“, sei die „fixe Idee des Guten, die

**„Der Weg  
von der Demokratie  
in die Diktatur  
kann demokratisch sein.“**

Säuberungs-Idee... zum Zwecke ewigen Heils, die den potentiellen Schrecken ins Natur- und Geschichtsnotwendige hinein legitimiert, und damit zugleich suggeriert, warum es gerechtfertigt sein kann, hemmungslos das Böse zu tun“. Schacht zitiert den Philosophen Karl Popper: „Wenn wir die Welt nicht wieder ins Unglück stürzen wollen, müssen wir die Träume der Weltbeglückung aufgeben.“

Die Welt ließe sich nur dann grundlegend verändern, wenn sich der Mensch grund-

legend verändern ließe, aber alle Mächte, die sich auf die Fahne geschrieben hatten, den neuen Menschen zu schaffen, oder deren Verfechter der Hybris verfallen waren, selbst die neuen Menschen zu sein, haben letztlich Ableger der Hölle installiert.

Diejenigen, die die Rückwärtswende herbeisehnen, werden sich, haben sie die Macht errungen, die Diktatur nicht abermals vom ideologischen Brot des „realen“, „demokratischen“ oder „kreativen“ Sozialismus nehmen lassen. Sie haben gelernt. Es gibt Ideologien, derer die Menschheit nie Herr werden wird, und der Weg von der Demokratie in die Diktatur kann demokratisch sein. In den sechziger, siebziger Jahren war es für uns unvorstellbar, daß wir selbst noch eine Welt erleben würden, in der es keine DDR und keinen sowjetischen Machtbereich mehr geben wird. Ich habe meinen Optimismus damals immer auf die Kinder oder Kindeskind projiziert – und auch dies stets mit einem „Vielleicht“ versehen. Heute projiziere ich auf die Enkel und den Urenkel meine Sorgen – versehen mit einem „Hoffentlich nicht“.

(Der Autor ist Schriftsteller, literarischer Übersetzer und DDR-Dissident.)

## Aufgelesen

# Seidenbau im DDR-Strafvollzug

„Eine wenig bekannte jedoch volkswirtschaftlich bedeutungsvolle Aufgabe ist die Förderung der einheimischen Erzeugung von Naturseide. Für den Import dieses besonders für verschiedene technische Zwecke unentbehrlichen Rohstoffes müssen noch immer große Summen kostbarer Devisen ausgegeben werden. Dabei besitzen wir in der VVB Mitteldeutsche Spinnhütte, Plauen, eine modern eingerichtete Naturseidenspinnerei und -weberei, deren Kapazität bisher nur zu einem kleinen Teil ausgenutzt wurde. Von den verantwortlichen Regierungsstellen der Planung, der Landwirtschaft und der Industrie wurde daher alles unternommen, um den Seidenbau in der DDR (abgek.) zu entwickeln.

Auch die Justizverwaltung hat sich in den Dienst dieser volkswirtschaftlich wichtigen Aufgabe gestellt und ist seit 1948 mit ständig steigendem Erfolg bemüht, die Seidenraupenzucht in den Vollzugsanstalten einzuführen. So konnte im Jahre 1949 die beachtliche Menge von 248 kg Frischkokons abgeliefert werden,

die im Jahre 1950 trotz Abgabe einiger Anstalten mit größeren Zuchten noch um 55% auf 387 kg gesteigert wurde. Besondere Anerkennung verdient die Vollzugsanstalt Cottbus, die mit 100 kg abgelieferter Kokons an der Spitze steht. Durch den Austausch von Erfahrungen zwischen den Anstalten, durch bessere Vorbereitung und eingehende Beobachtungen war es möglich, auch die relativen Zuchtergebnisse zu erhöhen. Wurde 1949 von 10 gr Brut ein durchschnittlicher Ertrag von 9.750 kg erzielt, so ergab sich in diesem Jahr bereits ein Verhältnis von 10 gr : 13.650 kg Kokons, d.h. eine Steigerung von etwa 45%. [...]

Schwierigkeiten ergaben sich in der Beschaffung des zur Fütterung notwendigen Maulbeerlaubes. Für die diesjährige Aufzucht waren hierfür 15.000 bis 20.000 Maulbeersträucher erforderlich, womit der für die Vollzugsanstalten zur Verfügung stehende Bestand erschöpft ist. Die Neuanlage von Maulbeerkulturen wurde jedoch an allen geeigneten Stellen

in Angriff genommen und verspricht für die nächsten Jahre eine weitere Erhöhung der Erträge. [...]

(aus: Neue Justiz, Zeitschrift für Recht und Rechtswissenschaft, Nr. 12, 1950, S. 493, Autor: Otto Schaefer, gefunden v. Reinhard Dobrinski)

## Wieviel Zeitung verträgt der Mensch?

FAZ, Tagesspiegel, Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Rundschau, BILD, taz, Die Zeit, Spiegel, Focus, Stern, Buxtehuder Tageblatt...

Man kann nicht alle lesen – aber den „Wochenrückblick“-online bestellen.

Dieser Informationsdienst bietet mit kurzen Texten und Links zu vollständigen Zeitungsberichten die News der vergangenen Woche, rund um das Thema Aufarbeitung. Er wird als E-Mail verschickt und ist zu bestellen unter [uokg-wochenrueckblick@gmx.de](mailto:uokg-wochenrueckblick@gmx.de).

# Mahnmal

## Stimme für das Mahnmal

Mit Überzeugung und Leidenschaft unterstütze ich den Aufruf der UOKG e.V. zur Errichtung eines Mahnmals zum Gedenken an die Opfer des Kommunismus und wende mich an die Leser mit der Bitte, diesen Aufruf nicht nur mit einer Unterschrift zu befürworten. Werden auch Sie als Multiplikatoren tätig und überzeugen Sie ihr soziales und gesellschaftliches Umfeld von der Notwendigkeit dieser Aktion, sammeln auch Sie Unterschriften dafür. Der Aufruf wurde mit 1500 Unterschriften bereits dem Bundestagspräsidenten Norbert Lammert übergeben. Weitere Unterschriftenlisten sollen dem Petitionsausschuß des Bundestages zugeleitet werden.

Warum halte ich es für unbedingt erforderlich, diesem Aufruf durch eine Unterschriftenlawine mehr Nachdruck zu verleihen? Der Anspruch der kommunistischen Ideologie, die fortschrittlichste, menschenfreundlichste und gerechteste Ordnung der menschlichen Gesellschaft auf dem ganzen Erdball errichten zu können, wurde durch die menschenfeindlichen und mörderischen Exzesse in den ehemals kommunistisch regierten Ländern seit der russischen Oktoberrevolution 1917 ad absurdum geführt. Die kommunistische Ideologie hat vor dem Hintergrund der totalitären Systeme

ehemaliger kommunistischer Länder und ihrer diktatorischen Parteien mit deren kultischen Führern ihre Legimitation verloren.

Es muß eine eindrucksvolle Anzahl von Unterschriften für das Mahnmal gesammelt werden. Dadurch wird die Voraussetzung geschaffen, eine öffentliche Auseinandersetzung mit der SED-Nachfolgepartei „Die Linke“ über die kommunistische Gewaltherrschaft der SED in der DDR zu erzwingen.

Bodo Ramelow von der Linkspartei wurde mit den Stimmen der geschichtvergessenen Landtagsabgeordneten der SPD und der ideologisch-historisch einseitig orientierten Landtagsabgeordneten der Grünen zum Ministerpräsidenten Thüringens gewählt. Die Opfer- und Verfolgtenverbände sowie die Bürgerrechtler der ehemaligen DDR, aber auch alle von unserer freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung überzeugten Menschen können und dürfen es nicht widerspruchslos hinnehmen, daß Herr Ramelow sich lediglich für das Unrecht der Stasi in der ehemaligen DDR entschuldigt. Dies trifft keinesfalls den Kern des „Unrechtsstaates DDR“.

Das in der DDR durch die SED begangene Unrecht ist umfassender, vielschichtiger und totalitärer. Das von der SED und von anderen nationalen Parteien des ideologischen Systems des Kommunismus begangene Unrecht ist diesen Parteien wesensimmanent – allein bedingt durch ihren absoluten Macht- und Herrschaftsanspruch.

Um welches Unrecht und welche Verbrechen der SED in der ehemaligen DDR geht es konkret? Zum Beispiel:

- politische Verfolgungen im Zusammenhang mit der Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED 1946
- Waldheimprozesse mit der damaligen obersten Richterin der DDR Hilde Benjamin
- Zwangskollektivierung in der Landwirtschaft ab 1952
- Zwangsaussiedlung „Aktion Ungeziefer“ 1952
- Enteignungsaktion „Rose“ 1953
- Kirchenkampf 1952/53

– Zwangsaussiedlung „Aktion Festigung/Kornblume“ 1961

– Mauerbau 1961 und das Grenzregime der DDR mit mehr als 1000 toten DDR-Bürgern

– Bespitzelung, psychische Zersetzung, Verhaftungen und Ausbürgerungen regimekritischer Personen durch die Stasi im Auftrag der SED

– Behinderungen in der Ausbildung und im beruflichen Fortkommen von gegenüber dem SED-Regime als nicht loyal eingestuften Personen

– Rechtsbruch und Rechtsbeugung durch Richter und Gerichte

– Zwangsadoptionen und Erziehung von Kindern politisch Verfolgter in Kinderheimen

– Staatsdoping

Nicht nur ein Bodo Ramelow, sondern die ganze Partei „Die Linke“ muß sich fragen lassen, wie sie sich zu diesen Verbrechen kommunistischer Vergangenheit stellt und welche Haltung sie zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung unseres Staatswesens bezieht. Erst wenn sich „Die Linke“ überzeugend von der Willkürherrschaft in den ehemals kommunistischen Ländern und ihrer geistigen Führer distanziert, kann von einer anderen, einer neuen Partei abweichend von der SED (nach den Worten von Dr. Dietmar Bartsch, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion „Der Linken“ im Bundestag) gesprochen werden.

Wenn es gelingt, mit dem Aufruf für ein Mahnmal die Diskussion über die Folgen der kommunistischen Gewaltherrschaft in den ehemals kommunistisch regierten Ländern in der Gesellschaft zu beleben und zu verankern, dann sollte es auch möglich sein, politische Verantwortungsträger von der Notwendigkeit eines Mahnmals zum Gedenken an die Opfer des Kommunismus zu überzeugen. Aber ebenso müssen wir unsere gewählten Vertreter in den demokratischen Parlamenten drängen, der geistig-inhaltlichen Auseinandersetzung mit der kommunistischen Ideologie nicht auszuweichen. Die Forderung nach einem Mahnmal zum Gedenken an die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft gibt dazu die Möglichkeit.

*Geld zu haben ist nicht schön.  
Aber Geld nicht zu haben ist schrecklich.*

*Mascha Kaléko*

Weil man dann kein Stacheldraht-Abo bestellen kann.

Deshalb: Bitte spenden Sie für den STACHELDRAHT, und werben Sie Spender und Abonnenten.

Für Spenden gibt es kein Limit, und jedes Abo hilft. Das Jahresabonnement mit 9 Ausgaben kostet 9,- Euro.

Name und Anschrift an die Redaktion senden, Überweisungen bitte auf das Konto BSV-Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110, Verwendungszweck „Stacheldraht-Abo“ oder „Stacheldraht-Spende“.

(Für UOKG-Mitglieder besteht keine Zahlungspflicht.)

# Aufruf

## Für ein Mahnmal für die Opfer des Kommunismus in Deutschland

**Anläßlich des 25. Jahrestages des Falls der Berliner Mauer am 9. November 1989  
als ein Ergebnis der Friedlichen Revolution in der DDR und des damit verbundenen Endes  
der kommunistischen Herrschaft in Ost- und Mitteleuropa,**

im Wissen um die verheerenden Folgen totalitären Denkens und Handelns in Deutschland,  
das mit der kommunistischen eine zweite Diktatur erleben mußte,

im Gedenken an die Opfer der SED-Diktatur, der Toten und Überlebenden, der Vertriebenen und Enteigneten,  
der Internierten und der zu Unrecht Inhaftierten, der Geflohenen, der von Berufs- und Bildungsverbot Betroffenen,  
der Opfer von Zersetzung und des Verlustes ihrer Gesundheit,

in Würdigung der Hoffnungen und Anstrengungen all jener, die dem Kommunismus widerstanden haben  
und ihren Glauben an eine demokratische Zukunft und ein Leben in Freiheit nicht preisgaben,

in Anerkennung des Widerstandes gegen die kommunistische Diktatur und des Engagements  
für Menschenrechte, Freiheit und Demokratie,

im Wissen um die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit diktatorischen Systemen und zur Ermunterung  
zum Widerstand gegen Diktatur und die Verletzung von Menschenrechten,

in Solidarität mit all jenen, die noch heute unter einer kommunistischen Diktatur leben und leiden müssen,

im Bewußtsein der Notwendigkeit, über das Leben und Leiden der Menschen  
unter der SED-Diktatur aufzuklären,

für die aktive Teilnahme unserer Mitbürger an der politischen Meinungsbildung und ihres Engagements  
für und in unserer Demokratie, für die Bewahrung von Freiheit, Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechten,

**fordern wir den Deutschen Bundestag dazu auf, die Errichtung eines Mahnmals  
zum Gedenken an die Opfer des Kommunismus in Deutschland zu beschließen.**

### Erstunterzeichner

Stephan Hilsberg, Edda Ahrberg, Prof. Dr. Jörg Baberowski, Ernst Bahr, Angelika Barbe, Prof. em. Gerhard Bartsch, Alexander Bauersfeld, Marieluise Beck, Katrin Behr, Stephan Bickhardt, Marianne Birtler, Volker Blumentritt, Heidi Bohley, Dr. Karl-Heinz Bomberg, Christian Boos, Martin Böttger, Eberhard Brecht, Hans Büchler, Ernst Demele, Christian Dietrich, Berthold Dücker, Sibylle Dreher, Rasa Duobaitė-Bumbulienė, Axel Dyck, Frank Ebert, Katrin Eigenfeld, Konrad Elmer, Rainer Eppelmann, Siegmund Faust, Hans-Josef Fell, Dr. Jan Foitzik, Rainer Fornahl, Maik Förster, Dr.h.c. Karl Wilhelm Fricke, Dr. Wolfgang-Christian Fuchs, Prof. Ines Geipel, Joachim Goertz, Anita Göbler, Klaus Gronau, Christine Günther, Gunther Hatzsch, Hermine Hecker, Gerold Hildebrand, Matthias Hinkel, Wolfgang Ilte, Joachim Kähler, Freya Klier, Oliver Kloß, Jure Knezović †, Dr. Ján Košiar, Ilko-Sascha Kowalczyk, Sybille Krägel, Stephan Krawczyk, Gino Kuhn, André Kupferschmied, Dr. Jörg Kürschner, Christian M. Lappe, Vera Lengsfeld, Ján Litecký-Šveda, Dr. Rita Lüdtke, Anton Malacký, Markus Meckel, Anna Michels-Boger, Theodor Mittrup, Rolf-Dieter Montag, Dietmar Motzer, Petras Musteikis, Christian Müller, Rainer Müller, Ehrhart Neubert, Hildigund Neubert, Alfred Obranić, Günter Oswald, Rudi-Karl Pahnke, Gerd Poppe, Grit Poppe, Ulrike Poppe, Alex Postica, Utz Rachowski, Lutz Rathenow, Steffen Reiche, Siegfried Reiprich, Waldemar Ritter, Lothar Rochau, Hartmut Rüffert, Dr. Christian Sachse, Stefan Sandmann, Dr. Oskar Schmidt, Ernst-Otto Schönemann, Michael M. Schulz, Werner Schulz, Uwe Schwabe, Wolfgang Schwanitz, Tom Sello, Frank Wolfgang Sonntag, Valentina Sturza, Árpád Tarnóczy, Gottfried Timm, Rainer Wagner, Silke Wahlgren, Sylvia Wähling, Matthias Waschitschka, Konrad Weiß, Dr. Olaf Weißbach, Gunter Weißgerber, Christiane Illgen-Weißgerber, Reinhard Weißhuhn, Gert Weißkirchen, Prof. Dr. Manfred Wilke, Neela Winkelmann, Christoph Wunnicke, Evelyn Zupke

Den umseitig unterschriebenen Aufruf bitte senden an:

UOKG e.V., Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin, per Fax über (030) 55 77 93 40, E-Mail mahnmal@uokg.de

Weitere Informationen auf [www.initiative-mahnmal.de](http://www.initiative-mahnmal.de)



## Aufruf

der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) e.V. zur Errichtung eines Mahnmals zum Gedenken an die Opfer des Kommunismus in Deutschland.

Deutschland ist in Freiheit wiedervereinigt. Doch die totalitäre kommunistische Vergangenheit darf nicht in Vergessenheit geraten, insbesondere nicht die vielen Menschen, die aufgrund von Haft und Verfolgung gelitten haben, die enteignet, ver-

schleppt und seelisch gebrochen worden sind. Das Erinnern an die Opfer braucht einen angemessenen und würdigen Ort des kollektiven Gedenkens.

Wir wollen deshalb, daß ein Mahnmal zum Gedenken an alle Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft von 1945 bis 1989 an einem zentralen Platz in der Hauptstadt unseres wiedervereinigten Landes errichtet wird.

Wir Unterzeichner unterstützen mit unserer Unterschrift nachdrücklich diese Mahnmalsinitiative:

1. Name, Adresse	Unterschrift
2. Name, Adresse	Unterschrift
3. Name, Adresse	Unterschrift
4. Name, Adresse	Unterschrift
5. Name, Adresse	Unterschrift
6. Name, Adresse	Unterschrift
7. Name, Adresse	Unterschrift
8. Name, Adresse	Unterschrift
9. Name, Adresse	Unterschrift
10. Name, Adresse	Unterschrift
11. Name, Adresse	Unterschrift



## Keine Flugblätter mehr nach Nord-Korea?

Die genaue Zahl der Flugschriften, die nordkoreanische Flüchtlingsorganisationen im Süden Koreas per Ballons in den Norden der Halbinsel einschleusen, ist in der Öffentlichkeit nicht bekannt. Zeitungen nennen bis zu 600 000 pro Monat, eine Gruppe spricht allein von 1,3 Millionen Flugblättern und gutinformierte Kreise wissen von Kleinst-Radioempfängern, die in sicherer Verpackung gerade während der jüngsten Zeit in jene „Demokratische Volksrepublik Korea“ versandt wurden.

Dieser Komplex mit seinem vielen Für und Wider ist jetzt zum wichtigsten Streitpunkt in Süd-Korea geworden: Hat Kim Jong-un doch in seiner Neujahrsbotschaft erstmals nach Jahren mit einem direkten Treffen zwischen ihm und der südkoreanischen Präsidentin Park und mit menschlichen Erleichterungen gelockt. Dabei stellte er

jene Flugblatt-Propaganda als „das größte Hindernis“ für erfolgreiche inner-koreanische Verhandlungen hin und drohte andererseits mit militärischem Beschuß der Orte und ihrer Zivilbevölkerung, von denen aus jene Ballons gestartet werden.

Die Regierung in Seoul sieht in den Flugblättern einen Ausdruck der Meinungsfreiheit, eines der wichtigsten Grundrechte einer Demokratie. Andere politische Kreise hingegen fordern zur Einstellung solcher Aktionen auf und betonen dabei die Verantwortung für die Sicherheit ihrer Bürger in den Grenzgebieten. Zudem würden solche Aktionen jegliche Verhandlungen mit Pjöngjang gefährden.

Seoul befindet sich in einem Dilemma zwischen seiner eigenen Verfassung und der praktischen Politik, die nach allen Erfahrungen lediglich eine vage Hoffnung

auf Verbesserungen im geteilten Lande darstellt. Die bedrohte Bevölkerung würde durch die Armee ausreichend geschützt, entgegnet Seoul. So deutet vieles darauf hin, daß die papiernen Freiheitsgrüße an die Landsleute nördlich des 38. Breitengrades weitergehen.

Auf das Verfassungsrecht der Meinungsfreiheit beruft sich auch ein Flüchtling, der in der zweiten Januarwoche in einem Gerichtsverfahren in der Provinz Gyeonggi seine Seouler Regierung auf Schadensersatz von 50 Millionen Won (rund 45 000 US-Dollar) verklagte. Polizisten hätten im vergangenen Jahr den Flugblatt-Versand seiner Gruppe wiederholt verboten und damit die Verfassung des Landes verletzt. Man darf auf das Gerichtsurteil gespannt sein...

Friedrich-Wilhelm Schlomann

## Resolution

Zur Bedrohung eines Wiederauflebens des Totalitarismus

**Beschlossen von der Internationalen Assoziation ehemaliger politischer Gefangener und Opfer des Kommunismus (Inter-Asso) im August 2014 auf ihrem XXI. Kongreß in Bukarest**

Wir, die Vertreter der Opfer des Kommunismus, sind nicht ausschließlich über das Geschehene besorgt, sondern insbesondere über das, was sich in ähnlicher Weise wiederholen könnte. Uns schmerzen nicht nur die Wunden der Vergangenheit, sondern wir sorgen uns um die Zukunft unserer Kinder und Enkel, deren Zukunft wesentlich von der Einheit und der Freiheit in Europa abhängen wird.

Mit Besorgnis erkennen wir das Aufleben totalitärer Tendenzen durch die Gesetzgebung in einzelnen Ländern im postsowjetischen Raum und wir nehmen schmerzlich wahr, daß politische Gefangene nach wie vor existieren. Wir sind besorgt über das Tragen und die Zurschaustellung von Symbolen im öffentlichen Raum, die totalitäre und imperiale Ideologien repräsentieren.

Des weiteren verurteilen wir aufs entschiedenste die Lösung innerpolitischer Konflikte durch militärische Kampfhandlungen und die Verletzung nationaler Integrität, die gegen internationale Abkommen, Konventionen und Gesetze verstoßen. Wir sind sehr besorgt über die Situation in der Ukraine, die historisch zur Europa gehört. Die handstreichartige


Einverleibung der Krim durch Rußland weckt bei der Inter-Asso Ängste, daß es zu einem Rückfall in längst überwunden geglaubte Zeiten kommen kann. Ukraine und Rußland sind beide Mitglieder des Europarates – dies muß den Ländern eine Verpflichtung sein, Konflikte auf friedlichem Wege beizulegen. Wir erklären unsere Solidarität mit den Völkern in der Ukraine in dieser schweren Zeit.

### Forderungen

Auf Grundlage ihres XXI. Kongresses, der Länderberichte und der sich daraus ergebenden Erörterungen fordert die Inter-Asso die Parlamentarische Versammlung des Europarates, die zuständigen internationalen Organisationen sowie die UN-Sonderberichterstatter auf,

- Erscheinungsformen des Totalitarismus jeglicher Art und ethnischer, nationaler sowie rassistischer Diskriminierung im Denken und Verhalten von Personengruppen oder staatlichen Institutionen vorzubeugen, die den Frieden und die Freiheit in Europa, insbesondere aber im ehemaligen sowjetischen Einflußbereich, gefährden könnten

- insbesondere vor dem Hintergrund autoritären und totalitären Gedankenguts unseren Kampf gegen totalitäre Tendenzen für die Stärkung der demokratischen Werte zu unterstützen
- gemeinsam mit den Mitgliedsverbänden der Inter-Asso Bildungsmaßnahmen über Totalitarismus zu initiieren und sie in der Organisation des XXII. Kongresses in 2015, wenn möglich mit Unterstützung der Europäischen Kommission in Brüssel, zu unterstützen

Der Inter-Asso gehören Häftlings- und Verfolgtenverbände an aus der Republik Albanien, Bosnien und Herzegowina, der Bundesrepublik Deutschland, Estland, der Republik Kroatien, Rumänien, der slowakischen Republik, der Republik Slowenien, der tschechischen Republik, Ungarn, Lettland, Litauen, Moldawien. 

### Berichtigung

In dem Beitrag „Gespräche mit jungen Chinesen“, Ausg. 1/2015, S. 5, ist uns ein Fehler unterlaufen. Das Massaker auf dem „Platz des himmlischen Friedens“ fand am 4. Juni 1989, nicht am 4. Juli statt.

Die Redaktion

## Ausstellungseröffnung

### **Bilder gegen das Vergessen. Der Aufstand der Speziallagerhäftlinge in Bautzen im März 1950 im Spiegel der künstlerischen Verarbeitung durch Zeitzeugen**

Dienstag, 31. März 2015, 19.00 Uhr, in der Gedenkstätte Bautzen, Weigangstraße 8a, 02625 Bautzen

Am 31. März 1950 wurde der erste und größte Häftlingsaufstand der DDR brutal niedergeschlagen. Viele der gegen die unmenschlichen Haftbedingungen im „Gelben Elend“ aufbegehrenden Gefangenen wurden schwer verletzt. Im Laufe der Jahrzehnte geriet der Aufstand in Vergessenheit, die Geschichte des Lagers war in der DDR ein Tabu. 65 Jahre später rückt die Ausstellung die Erinnerung an den Aufstand ins Bild und erzählt dessen Geschichte.

Bereits um 17.00 Uhr findet in der Kirche der JVA Bautzen eine gemeinsame Andacht der Gedenkstätte Bautzen mit der Evangelisch-Lutherischen Kirchgemeinde St. Petri, dem Bautzen-Komitee e.V., der Stadt Bautzen und der JVA Bautzen statt.

Gedenkstätte Bautzen

## Tagungsband

Der Tagungsband mit Beiträgen des UOKG-Kongresses „Ein Licht der Hoffnung und des Anstands‘ – Formen des Widerstandes und der Opposition: 20. Juli 1944 und Friedliche Revolution 1989“ ist soeben erschienen und kann kostenlos bezogen werden.

Bitte wenden Sie sich an: Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) e.V., Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 93 51, Fax (030) 55 77 93 40, E-Mail info@uokg.de

## Wer war dabei?

...als Demonstrant, Bürger, Polizist, IM, Mitarbeiter, bei der Besetzung der Stasi-Zentrale am 15. Januar 1990 in Berlin.

Wir wollen die Aussagen von Zeitzeugen dokumentieren. Bitte schreiben Sie uns oder vereinbaren Sie einen Termin mit uns:

Bürgerkomitee 15. Januar e.V., Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin, 7. Etage, E-Mail buerger15@aol.com, Tel. (01 76) 22 25 28 94

## Ausgewählte Entwürfe

Am 25. März 2015 werden in der Konrad-Adenauer Stiftung ausgewählte studentische Entwürfe für ein zentrales Mahnmal für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft vorgestellt. Anschließend besteht die Gelegenheit zur Diskussion.

In einem Kooperationsprojekt zwischen der TU Darmstadt, Fachbereich Entwerfen + Freiraumplanung, und der UOKG e.V. erarbeiteten Studierende unter der Leitung von Dr. Constanze Petrow eigenständige Gestaltungskonzepte. Als Ort wählten sie den Spreebogenpark in der Nähe des Bundeskanzleramts.

Die besten Entwürfe sind im Rahmen einer Ausstellung in der Konrad-Adenauer-Stiftung vom 25.3. bis 14.4.2015 zu besichtigen.

Wir würden uns besonders über die Anwesenheit und Resonanz derer freuen, denen die Arbeit der Studierenden gewidmet ist.

**Ort:** Konrad-Adenauer-Stiftung, Jakob-Kaiser-Saal, Tiergartenstr. 35, 10785 Berlin,

**Zeit:** 25. März 2015, 18.00 Uhr

**Anmeldung:** bis 22. März 2015 unter E-Mail mahnmal@uokg.de, Fax (030) 55 49 45 36

Anna Michels-Boger

## Ausstellungen

### Ziel: Umerziehung!

### Die Geschichte repressiver Heimerziehung in der DDR

#### **Wanderausstellung der Gedenkstätte GJWH Torgau**

Auf zwölf Tafeln und zwei Medienstationen führt die mobile Ausstellung in das System und den Alltag von DDR-Heimerziehung ein. Was war eigentlich ein Jugendwerkhof und wer wurde eingewiesen? Welche Bedingungen herrschten z.B. in den Durchgangsheimen für aufgegriffene Kinder und Jugendliche? Neben Informationen zu den einzelnen Umerziehungseinrichtungen anhand von Fotos, Dokumenten und Begleittexten ermöglichen fünf Le-

benswege ehemaliger Heimkinder einen persönlichen Zugang zum Thema. Auch schlägt die Ausstellung einen Bogen zu der Frage, wie sich repressive Heimerziehung auf das Leben von Betroffenen auswirkte und wie geschehenes Unrecht in der Bundesrepublik aufgearbeitet wird.

Zu sehen bis 8. April 2015 in der BStU Außenstelle Neubrandenburg, Neustrelitzer Str. 120, 17033 Neubrandenburg, Tel. (03 95) 777 40, geöffnet Mo – Do 8.00 – 17.00 Uhr, Fr 8.00 – 14.00 Uhr

## „Erschossen in Moskau...“

### **Die deutschen Opfer des Stalinismus auf dem Moskauer Friedhof Donskoje 1950–1953**

Eine Wanderausstellung von Facts & Files – Historisches Forschungsinstitut Berlin, gefördert von der Bundesstiftung Aufarbeitung

(hs) Die Ausstellung präsentiert das Schicksal der fast 100 Deutschen, die Anfang der 1950er Jahre von sowjetischen Militärtribunalen zum Tode verurteilt und in Moskau hingerichtet wurden, unter ihnen zahlreiche ehemalige Häftlinge des Gefängnisses Leistikowstraße Potsdam. Ihre Asche wurde auf dem Moskauer Friedhof Donskoje in anonymen Massengräbern verscharrt.

Seit zehn Jahren erinnert dort ein Gedenkstein an die 927 Opfer, darunter 60 Frauen. Die länderübergreifenden Forschungen zu diesem Thema, die 2004 von der russischen Menschenrechtsorganisation Memorial und Facts & Files begonnen wurden, dauern noch an. Viele Schicksale konnten noch immer nicht endgültig geklärt werden.

Mit der Ausstellung, die von Fact & Files erarbeitet und von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur finanziert wurde, sollen die Namen der Opfer dem Vergessen entrissen und gleichzeitig Zeitzeugen, Angehörige und Freunde um Ergänzungen zu den bisher ermittelten Informationen gebeten werden.

Zu sehen bis zum 30. August 2015 in der Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam, Leistikowstr. 1, 14469 Potsdam, Di–So 14.00–18.00 Uhr.

## Symposium

### „Das letzte Jahr der DDR – von der Volkskammerwahl zur Wiedervereinigung“

17.3. – 18.3.2015 in Berlin

Ort: Deutsches Historisches Museum Berlin, Unter den Linden 2, 10117 Berlin (17.3. im Schlüterhof, 18.3. im Zeughauskino)

Eine Veranstaltung der Deutschen Gesellschaft e.V., der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Stiftung Deutsches Historisches Museum

Themen u.a.:

- Die Bedeutung der Volkskammer für den Demokratisierungs- und Einigungsprozeß
- Die ostdeutsche Entwicklung 1989/90 aus internationaler Perspektive
- Die Volkskammer der DDR als integraler Bestandteil des deutschen Parlamentarismus
- Das letzte Jahr der DDR und seine historischen Dimensionen
- Der Beitritt – Die letzte Regierung der DDR

Mit Dr. Sabine Bergmann-Pohl, Bundesministerin a.D. u. Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft e.V., Rainer Eppelmann, Mitglied der Volkskammer der CDU/DA-Fraktion 1990, Vorstandsvorsitzender der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Prof. Dr. Alfred Großer, Publizist und Politikwissenschaftler, Prof. Dr. Norbert Lammert MdB, Präsident d. Deutschen Bundestages, Dr. h.c. Lothar de Maizière, Ministerpräsident a.D., Vorstandsvorsitzender der Deutschen Gesellschaft e.V., Prof. Dr. Jens Reich, ehemaliges Mitglied der

Volkskammer 1990 der Fraktion Bündnis 90/GRÜNE u.v.a.

18.3., ab 14.00 Uhr: Zeitzeugenbefragung mit Schülern

Eintritt frei, um Anmeldung wird gebeten: E-Mail [heike.tuchscheerer@deutsche-gesellschaft-ev.de](mailto:heike.tuchscheerer@deutsche-gesellschaft-ev.de), Fax (030) 88 41 22 23

### Abschied

## Günter Herrmann

In Heidelberg ist am 18. Dezember 2014 Dr. ing. Günter Herrmann im Alter von 83 Jahren verstorben. Er gehörte zum Kreis jener zehn – neun Studenten der Universität Leipzig und ein Handwerker aus Bad Lausick –, die als „Belter-Gruppe“ am 20. Januar 1951 im NKWD-Gefängnis in Dresden, Bautzner Straße, von einem Sowjetischen Militärtribunal zu insgesamt 285 Jahren Freiheitsentzug verurteilt wurden. Herbert Belter erhielt die Höchststrafe, Tod durch Erschießen. Sein Urteil wurde am 28. April 1951 in Moskau vollstreckt. Die zu verschärfter Lagerhaft Verurteilten – Katorga – transportierte man nach Workuta. Sie sollten Sklavenarbeit im Kohlebergbau oder beim Aufbau der Stadt Workuta leisten.

Günter Herrmann wurde am 11. Januar 1931 in Planitz/Sachsen geboren. Sein Vorbild fand Günter vor allem in seinem Großvater. Dieser war in den Jahren vor 1933 als Mitglied der SPD ein überzeugter, aufrechter Demokrat, der sich auch durch schwere Angriffe von Nazis nicht von seiner geraden politischen Überzeugung abbringen ließ. Günter Herrmann besuchte die Käthe-Kollwitz-Schule in Zwickau. Nach dem Abitur begann er im Herbst 1949 mit dem Chemie-Studium an der Universität Leipzig. In seinen Erinnerungen, die in dem Buch von Jens Blecher und Gerald Wiemers unter dem Titel „Studentischer Widerstand an den mitteleuropäischen Universitäten 1945–1955“ herausgegeben wurden, schreibt Günter: „Im Dritten Reich kam auch ich mit zehn Jahren zum Jungvolk. Da galt die Devise „„Führer befehl, wir folgen dir!“ Die Folgen sind bekannt. Spätestens, als mir in der DDR gesagt wurde, die Partei hat immer recht, war mir klar, daß ich wieder in einer Diktatur lebte.“

Günter Herrmann fand im Chemie-Labor Gleichgesinnte. Schließlich kam ein Kontakt mit Herbert Belter, Student der gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät, zustande. Er versorgte die Chemie-Studenten mit politischer Literatur und

Flugblättern vom Rias-Hochschulfunk aus West-Berlin, mit Drucksachen, aktuell zu den bevorstehenden Volkskammerwahlen, die an weitere Freunde gegeben und im Hörsaal heimlich unter die Pulte gelegt wurden. Anfang Oktober 1951 wurde Günter Herrmann von deutscher Polizei verhaftet, tags darauf den sowjetischen Untersuchungsbehörden übergeben und nach Dresden gebracht. Seine Arbeit im Workuta bestand ausschließlich aus der Kohleförderung vor Ort, die schwerstmögliche Arbeit. Seine Erinnerungen an diese Zeit haben ihn sein ganzes Leben lang belastet und verfolgt.

Nach seiner Rückkehr aus Rußland, seiner Entlassung am 28. Dezember 1953 nach Zwickau zu seiner Familie und seiner Flucht nach West-Berlin in den ersten Januartagen 1954 nahm er sein Chemie-Studium an der FU Berlin wieder auf. Günter Herrmann konnte seine späteren beruflichen Erfolge bei der BASF nur durch seine Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, durch seine Geradlinigkeit, durch seine ruhige Überzeugungskraft erzielen. Er war bei seinen Mitarbeitern sehr beliebt und ein sehr bescheidener Mensch. Man wußte von seiner politischen Vergangenheit und achtete ihn in höchstem Maße. Am 25. April 2007 verlieh Bundespräsident Prof. Dr. Horst Köhler den noch lebenden Mitgliedern der Belter-Gruppe für ihren Einsatz für Freiheit und Demokratie das Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland am Bande.

Die Last der Lagererinnerungen, aber auch zusätzliche persönliche Schicksalsschläge führten im Frühjahr 2014 bei Günter zum körperlichen und seelischen Zusammenbruch. Davon konnte er sich trotz liebevollster Pflege seiner zweiten Frau Renate nicht mehr erholen. Er starb im Beisein seiner Frau und seiner Kinder am 18. Dezember 2014. Wir vier noch Lebenden der Belter-Gruppe verloren einen treuen Kameraden und engen Freund. Wir werden ihn nie vergessen und ihm immer ein ehrendes Andenken bewahren.

Otto Bachmann, Peter Eberle,  
Werner Gumpel und Siegfried Jenkner

## Da lacht der Klassenfeind

„...daß der Oberst S. aufgrund seiner geringen Intelligenz keine reale Einschätzung der Situation geben konnte.“

(aus einem IM-Bericht)

## Elga Springer

Unsere Kameradin der ehemaligen Hoheneckerinnen, Elga Springer, hat uns am 18. Januar 2015 verlassen. Sie wird immer in unseren Gedanken sein.

Anita Kutschkau

## Herbst '89 im Blick der Stasi

Die Friedliche Revolution im Herbst 1989 besiegelte den Untergang des SED-Regimes. Aus der Retrospektive stellt sich die Frage, inwieweit die Machthaber Einblicke in die Arbeitsweise der Bürgerbewegungen, mehr noch in deren Rückhalt in der Bevölkerung besaßen.

Daniela Münkel klärt in der neuen Auswahl-Edition darüber auf, daß der Staatssicherheitsdienst „sehr präzise“ über die Stimmungslage in der Bevölkerung und über die Aktivitäten der Bürgerrechtler 1989 informiert war. Um so erstaunlicher mutet die Ignoranz des Politbüros gegenüber den ZAIG-Berichten an. Zuarbeiten von Inoffiziellen Mitarbeitern und das konspirativ erworbene Material lassen das Ausmaß der Geheimdienstrecherche, auch für die Jahre fernab des Betrachtungszeitraums von Münkel, relativ gut bemessen, ob-

gleich noch nicht alle Quellen erschlossen sind. Die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) lieferte seit dem Volksaufstand von 1953 Informations- und Stimmungsberichte an ausgewählte Repräsentanten des Systems. (In der Edition „Die DDR im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung“ sind bisher Sammelbände aus den Jahren 1953, 1960, 1961, 1965, 1976, 1977, 1981 und 1988 erschienen.) Im Jahr 1989 erreichten ca. 240 Berichte die Partei- und Staatsführung der DDR. Derartige Quellen müssen, so die Herausgeberin, vor dem ideologischen Hintergrund der Berichterstattung und dem für das Ministerium für Staatssicherheit typischen „Tunnelblick“ gesichtet werden, d. h. die ideologische Perspektive muß vom Leser Berücksichtigung erfahren.

Das Werk greift fünf der geheimen Informationen an die SED-Führung, drei

Berichte zur Stimmungslage sowie weitere fünf Wochenberichte heraus. Zu den im Werk vorgestellten Dokumenten reihen sich jeweils Ausführungen zur Adressaten-Gruppe um Honecker, Stoph, Krenz oder Hager sowie prägnante Erläuterungen über die im Text genannten Bürgerrechtler und Oppositionsgruppen. Diese Vorgehensweise vereinfacht den Einstieg in die komplexe Thematik erheblich. Der Einleitung folgen knappe Ausführungen zu den Demonstrationen in Leipzig und Ostberlin am 7. bzw. 9. Oktober 1989 (mit Bildmaterial) sowie eine Übersicht zu außerbehördlichen Empfängern, bevor der chronologisch gegliederte Dokumentenband beginnt. Leider fehlt ein separates Inhaltsverzeichnis für den Anhang und dessen Zusatzmaterial. Die erste ZAIG-Information stammt vom 19. September 1989 und enthält fünf Anlagen, bei denen es sich vorwiegend um Aufrufe der Oppositionsgruppen handelt. Konkret erfaßte die ostdeutsche Geheimpolizei die Urheber, Erstunterzeichner und prominente Sympathisanten der sogenannten „Bestrebungen feindlicher, oppositioneller Kräfte“ wie die „Sozialdemokratische Partei in der DDR“, das „Neue Forum“, der „Demokratische Aufbruch“, die „Demokratische Initiative“, „Demokratie Jetzt“ oder das „Grünökologische Netzwerk – Arche“. Die nachfolgende Mitteilung vom 5. Oktober 1989 dokumentiert die Anzahl der Prager Botschaftsflüchtlinge und informiert kurz über die Auseinandersetzungen am Dresdner Hauptbahnhof innerhalb der zweiten Flüchtlingswelle. Die dritte Quelle ist auf den 9. Oktober 1989 datiert und führt zwei Anlagen auf. Im Mittelpunkt stehen das „Neue Forum“ sowie dessen bundesdeutsche und polnische Kontaktadressen. Der vierte ZAIG-Bericht und dessen zwei Anhänge beschreiben die Demonstrationen und Zusammenkünfte in Leipzig, Dresden und Magdeburg am 9. Oktober 1989. Der Bericht konzentriert sich ausschließlich auf die Montagsgebete. Er umgeht indes eine Analyse über die politischen Meinungen seitens der Veranstaltungsteilnehmer. Die fünfte Information bestätigt hingegen den großen Aktionsradius und das Wirken der Reformbewegung in – „alle[n] wesentlichen Bereiche[n] der Gesellschaft“.

Die wenigen, hier abgedruckten Stimmungsberichte untersuchen die Anhängerstruktur der Reformbestrebungen, offenbaren das niedrige Vertrauen der

Bevölkerung zur Staatsmacht, informieren über emotionale Debatten in den Betrieben und erörtern die Auffassungen der SED-Mitglieder. Die Stimmungsberichte bilden den interessantesten Teil des Werkes, spiegeln sie doch die politische Atmosphäre in der Mehrheitsgesellschaft wider. Die nachfolgenden fünf Wochenprotokolle geben Auskünfte über „Hetz- und Verleumdungskampagnen“, „Zusammenrottungen“ oder illegale Grenzübertritte. Sie protokollieren die Motive der Protestler und bieten damit einen reichhaltigen Fundus für die wissenschaftliche Aufarbeitung der Fluchtbewegung. Die Wochenübersichten neigen zu inhaltlichen Wiederholungen, dennoch belegen sie beispielhaft die Massenabwanderung junger Bürger, vorwiegend aus medizinischen und technischen Berufsfeldern. Vereinzelt gelangt der Leser zu neuen Erkenntnissen. So enthält das Buch einen Aufruf des Demokratischen Aufbruchs, der sich direkt an Kinder wandte, und Hinweise über ein geplantes „Repressalien-Telefon“ des Neuen Forums.

Insgesamt beleuchtet der Sammelband die Geschichte der Oppositionsgruppen, deren Verbindungen untereinander, die Ziele und die Protagonisten. Wünschenswert wären historische Zeugnisse über mutige Protestaktionen außerhalb von Bürgerrechtsgruppen oder dem kirchlichen Umfeld gewesen. Mehr Informationen über weniger bekannte oppositionelle Kräfte oder alternative Milieus fehlen. „Herbst '89“ vergegenwärtigt eindrucksvoll, wie abwegig allen Beteiligten der Gedanke an eine rasche deutsche Wiedervereinigung schien. Daniela Münkel hat einen informativen Sammelband geschaffen, dessen Stärke nicht zuletzt in der Kommentierung der Quellenfundstücke liegt.

Steffi Lehmann

(Die Rezensentin ist Promotionsstipendiatin der Hanns-Seidel-Stiftung.)

### Berichtigung

In dem Beitrag „Moses – ein Experiment“, Ausg. 1/2015, S. 15, ist uns ein Fehler unterlaufen: Die Autorin heißt nicht Barbara sondern Barbe Maria Linke.

Die Redaktion

## Veranstaltungen

12.3. (Do), 14.00 Uhr:

„**Sowjetische Kommandanturen und deutsche Verwaltung in der SBZ und frühen DDR**“, Buchpräsentation und Gespräch mit Autor Jan Foitzik; Veranstaltung im Rahmen von „Leipzig liest“; Ort: Museum in der „Runden Ecke“, im ehemaligen Stasi-Kinosaal, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

12.3. (Do), 16.00 Uhr:

„**Durchschnittlich intelligent und sehr vergammelt**“ – das illegale Arbeits- und Erziehungslager 1966/67 in Rüdersdorf, Buchpremiere und Gespräch mit d. Autoren Dr. Christian Sachse u. Rainer Buchwald; Veranstaltung im Rahmen von „Leipzig liest“; Ort: Museum in der „Runden Ecke“, im ehemaligen Stasi-Kinosaal, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

12.3. (Do), 18.00 Uhr:

„**Auftrag Menschenraub**“, Buchvorstellung u. Diskussion im Rahmen der Leipziger Buchmesse „Leipzig liest“, mit Roland Jahn, BStU, Susanne Muhle, Autorin, Dr. Roger Engelmann, Mitarbeiter BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig u.a.; Ort: Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

12.3. (Do), 19.30 Uhr:

„**Wirtschaftsreformen und Beatrevolte**“, Buchvorstellung u. Diskussion im Rahmen der Leipziger Buchmesse „Leipzig liest“, mit Roland Jahn, BStU, Dr. Bernd Florath, Mitarbeiter BStU, Prof. Dr. Bernd Lindner, Zeitgeschichtliches Forum Leipzig, Prof. Dr. Daniela Münkel, Mitarbeiterin BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig u.a.; Ort: Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

12.3. (Do), 20.00 Uhr:

„**Leipziger Juden und die DDR – Eine Existenzzerfahrung im Kalten Krieg**“, Buchpräsentation und Gespräch mit Autor Hendrik Niether; Veranstaltung im Rahmen von „Leipzig liest“; Ort: Museum in der „Runden Ecke“, im ehemaligen Stasi-Kinosaal, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

13.3. (Fr), 18.00 Uhr:

„**Hans im Glück oder Die Reise in den Westen**“, Lesung im Rahmen der Leipziger Buchmesse „Leipzig liest“, mit Christoph Kleemann, Autor; Veranstaltung d. Mitteldeutschen Verlages Halle u.a.; Ort: BStU Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

13.3. (Fr), 19.30 Uhr:

„**Merkels Welt der Wendezeit**“, Lesung im Rahmen der Leipziger Buchmesse „Leipzig liest“, mit Ewald König, Autor; Veranstaltung d. Mitteldeutschen Verlages Halle u.a.; Ort: BStU Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

## Neue Details zum Häftlingsfreikauf

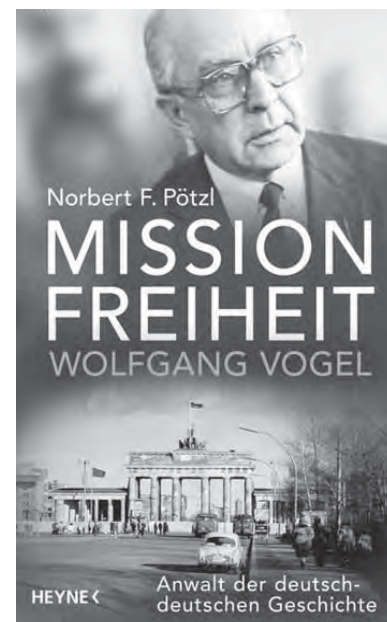
Für die politischen Häftlinge und Ausreisewilligen in der DDR war er der Retter in der Not: Rechtsanwalt Prof. Wolfgang Vogel. Andere begegneten ihm mit Skepsis oder sogar Haß. So, wie mein Stasi-Vernehmer Arno Libera, der mich Anfang 1973 bei einem Verhör in Berlin-Hohenschönhausen mit wutverzerrtem Gesicht anbrüllte, nachdem ich RA Vogel als Verteidiger genannt hatte: „Warum muß es ausgerechnet der sein! Es gibt auch noch andere!“ Da wußte ich, Vogel ist genau der Richtige. Der ehemalige Leiter des Berliner SPIEGEL-Büros und Bestsellerautor Norbert F. Pötzl hat mit seinem neuen Buch „Mission Freiheit – Wolfgang Vogel“ eine Biographie verfaßt, die bisher weitgehend unbekanntes Winkel des Freikauf-Kapitels der deutsch-deutschen Geschichte beleuchtet. Speziell auch aus den Anfängen von 1963 mit den ersten acht Häftlingen. Nicht ausklinken läßt sich aus dieser ungewöhnlichen Lebensgeschichte, daß Vogel neben seiner Rolle als Unterhändler der DDR-Regierung beim Freikaufgeschäft auch bei 150 hochkarätigen Agenten-Austausch-Aktionen auf internationaler Ebene maßgeblich mitgewirkt hat.

Nach dem hochinteressanten Werk „Basar der Spione“ ist dem in Hamburg lebenden Autor ein weiteres fesselndes Buch mit vielen Hintergrundinformationen um den vieldiskutierten Freikauf gelungen. Als Betroffene vermag ich einzuschätzen: Hätte es diese humanitäre Praxis seitens der Bundesregierung nicht gegeben, wäre es zu weitaus mehr Verzweiflungstaten und Suiziden in DDR-Gefängnissen gekommen. Es steht außer Frage, daß die DDR über diesen Menschenhandel eine enorme Einnahmequelle für ihren maroden Staat aufgetan hatte. „Menschen gegen Ware oder Geld ist natürlich ein anrüchiges Geschäft“, räumt Norbert F. Pötzl ein. Andererseits listet er auf: „Neben den jährlich über vier Milliarden D-Mark, die von den privaten und öffentlichen Haushalten der Bundesrepublik für den DDR-Staatshaushalt und die Menschen in der DDR aufgebracht werden, nimmt sich der Häftlingsfreikauf mit durchschnittlich 136 Millionen D-Mark, gerechnet über 25 Jahre, relativ bescheiden aus. Das bessert die Devisenlage auf, doch das DDR-System ist damit gewiß nicht zu stabilisieren.“ Die jeweilige Bundesregierung und Anwalt Vogel haben in Jahrzehnten stets klargemacht: Es gab keine Alternative, um den Menschen schnellstens zu helfen. Immerhin konnten rund 34 000 politische

Häftlinge ausreisen und ca. 215 000 Familien zusammengeführt werden. Vogels Verhandlungsgeschick und Verlässlichkeit schätzten insbesondere Politiker wie Richard von Weizsäcker, Helmut Schmidt, Jürgen Schmude, Helmut Kohl, Rainer Barzel, Hans-Jochen Vogel, Herbert Wehner, Hans-Jürgen Wischnewski und viele mehr.

Pötzl gibt nicht nur einen packend geschriebenen Einblick in Häftlingsfreikäufe und in Agenten-Austausch-Aktionen. Er nimmt Bezug auf die frühen Jahre im Berufsleben des Anwalts als Grenzgänger, auf seine Rolle als GM (Geheimer Mitarbeiter) des Ministeriums für Staatssicherheit, auf Honorarzahungen. „Verglichen mit dem Einkommen westlicher Anwälte, war das nicht überhöht“, erläutert der Autor. Was bei Diskussionen um diese beträchtlichen Summen oft übersehen wird: Von den Beträgen mußte eine ganze Armada von Mitarbeitern und Anwaltskollegen quer durch die DDR bezahlt werden. Fast schon amüsan zu lesen ist die Schilderung über das Konkurrenzdenken vom systemnahen Anwalt Friedrich Karl Kaul gegenüber seinem jüngeren Kollegen, weil Kaul damals eine absolute Vormachtstellung in der DDR genoß. Die Rivalität begann quasi 1957, als Wolfgang Vogel ebenfalls eine Zulassung für West-Berlin erhielt – und so die Situation geschaffen wurde, künftig ihn bei Spionagefällen einzusetzen. Norbert F.

Pötzl beleuchtet die Problematik mit den Botschaftsflüchtlingen, nimmt Bezug auf Vogels Verhaftung nach der Wiedervereinigung wegen des Vorwurfs der „Mandanten-Erpressung“ sowie auf seine Verbitterung über Anzeigen einstiger Klienten wegen der Hausverkäufe. Aufschlußreich ist auch die Schilderung des Autors, wie stark es Wolfgang Vogel bis zu seinem Tode im Jahr 2008 zugesetzt hatte, daß in einem TV-Film – mit Veronika Ferres in der Hauptrolle – unwahre Behauptungen



Norbert F. Pötzl: *Mission Freiheit – Wolfgang Vogel. Anwalt der deutsch-deutschen Geschichte*, Heyne Verlag 2014, 512 S., 22,99 €

Pötzl beleuchtet die Problematik mit den Botschaftsflüchtlingen, nimmt Bezug auf Vogels Verhaftung nach der Wiedervereinigung wegen des Vorwurfs der „Mandanten-Erpressung“ sowie auf seine Verbitterung über Anzeigen einstiger Klienten wegen der Hausverkäufe. Aufschlußreich ist auch die Schilderung des Autors, wie stark es Wolfgang Vogel bis zu seinem Tode im Jahr 2008 zugesetzt hatte, daß in einem TV-Film – mit Veronika Ferres in der Hauptrolle – unwahre Behauptungen



die Handlung bestimmten. Auf 512 Seiten gibt Norbert F. Pötzl einen tiefen Einblick in bisher unveröffentlichtes Material aus Vogels Privatarchiv, aber auch aus Gesprächen mit seiner Familie, freigekauften Häftlingen, zahlreichen Verhandlungspartnern, dem Nachlaß Herbert Wehners sowie den „National Archives“ in Washington.



Alexander Koch: *Der Häftlingsfreikauf. Eine deutsch-deutsche Beziehungsgeschichte, in der Reihe „Beiträge zur Geschichtswissenschaft“*, Allitera Verlag, 456 S., 39,- €

Ein weiteres 2014 erschienenes Buch zur üblichen Praxis zwischen Deutschland Ost und Deutschland West lieferte Alexander Koch mit seiner Doktorarbeit „Der Häftlingsfreikauf – eine deutsch-deutsche Beziehungsgeschichte“. Nach akribischen Recherchen und umfangreichem Quellenmaterial schildert der Autor äußerst fundiert die Abläufe des Freikaufs von politischen Häftlingen. Die 456 Seiten umfassende Studie ist span-

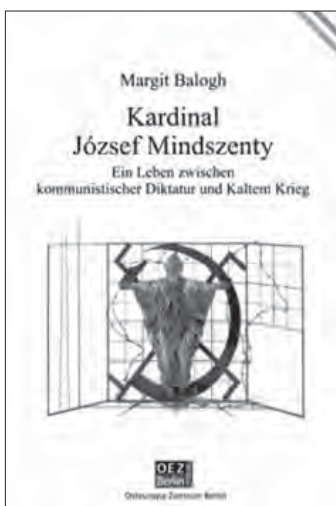
nungsreich geschrieben, läßt den Leser nicht mehr los. Das mag daran liegen, daß der Autor dafür nicht nur auf einschlägige Literatur, Akten und Dokumente Zugriff hatte, sondern auch diverse Zeitzeugen

persönlich traf oder schriftlich kontaktierte. Dadurch ist ein beeindruckendes Werk entstanden, was neben den Ursprüngen des Freikaufs die Initiativen der evangelischen und der katholischen Kirche offenlegt sowie den „institutionalisierten Häftlingsfreikauf“ umfassend erläutert. In einem breiten Spektrum streift Koch die einzelnen Gruppen wie Fluchthelfer, ertrappte Flüchtlinge, Ausreisearbeitgeber. Er beleuchtet auch die Diskrepanzen innerhalb der Entspannungspolitik sowie die Rolle der Medien, die sich oft im Zwiespalt befanden. Einerseits war Diskretion gewünscht, um die Erleichterung für die Menschen nicht zu gefährden, andererseits aber hatten sie durch ihre Öffentlichkeit ein Druckmittel gegenüber der DDR in der Hand, um gezielt Einfluß auf spezielle Schicksalsfälle nehmen zu können. Interessant sind auch die Auflistungen von Geldtransfers aufs „Honeckerkonto“, „Generalsekretärskonto“, „Mielke-Konto“. Koch geht von der Hypothese aus, „daß der Häftlingsfreikauf langfristig einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur Destabilisierung der SED-Diktatur geleistet hat.“

Beide Bücher sind voller Spannung geschrieben, stützen sich auf gründliche Recherchen und dokumentieren viele bisher nicht bekannte Details und Zusammenhänge.

Ellen Thiemann

## Zwischen kommunistischer Diktatur und Kaltem Krieg



Margit Balogh: *Kardinal József Mindszenty. Ein Leben zwischen kommunistischer Diktatur und Kaltem Krieg*, OEZ Berlin Verlag, Berlin 2015, geb., 672 S., 49,90 €; Lesern des Stacheldrahts werden bei Bestellung ab Verlag bis zum 1.5.2015 portofrei 20 Prozent Rabatt gewährt; OEZ Berlin Verlag, Hubertusstr. 14, 10365 Berlin, Tel. (030) 993 93 16

(VT)Kardinal József Mindszenty (29. März 1892 – 6. Mai 1975) – sein Name wurde als Symbol für den Kampf gegen den Kommunismus weltberühmt. Aus dem bischöflichen Stuhl von Veszprém wurde er 1945 zum ersten Erzbischof des Landes gewählt. Für seine Wahl sprachen seine antifaschistische Vergangenheit, seine mehr als 25jährige Seelenhir-

tenaktivität und sein ausgezeichnetes Organisationstalent. 1948 wurde er verhaftet und in einem politischen Prozeß vom kommunistischen Regime in Ungarn zu lebenslanger Haft verurteilt. Die Revolution von 1956 befreite ihn, jedoch bat er schon nach einigen Tagen in der amerikanischen Botschaft um Asyl und lebte dort bis 1971.

Schweren Herzens verließ er hochbetagt sein freiwillig gewähltes Exil und siedelte nach Wien über. 1974 entthob Papst Paul VI. Mindszenty seines Amtes. Der Konflikt zwischen Papst und Erzbischof wurzelte im Plan des Heiligen Stuhls, Mindszenty zugunsten seiner Ostpolitik zu opfern.

Die Autorin Margit Balogh forschte mehrere Jahre lang in Archiven in Ungarn, Österreich, Rußland, Italien und den Vereinigten Staaten. Sie bietet in ihrem Buch ein facettenreiches Bild von Kardinal Mindszenty auf dem neuesten Stand der Forschung.

## Veranstaltungen

13.3. (Fr), 20.00 Uhr:

„**Verborgene Wunden**“. Spätfolgen politischer Traumatisierung in der DDR und ihre transgenerationale Weitergabe, mit Dr. Stefan Trobisch-Luetge u. Dr. Karl-Heinz Bomberg (Hrsg.) im Interview mit Dr. Arndt Ludwig; Buchvorstellung im Rahmen der Leipziger Buchmesse; Ort: Sächsisches Institut für Psychoanalyse und Psychotherapie (SPP), Gohliser Str. 7, 04105 Leipzig

14.3. (Sa), 19.30 Uhr:

„**Meine Freiheit**“, Lesung und Zeitzeugengespräch im Rahmen der Leipziger Buchmesse „Leipzig liest“, mit Maren Martell, Autorin, Katrin Höhne, Autorin, Siegbert Scheffe, Zeitzeuge; Veranstaltung d. epubli Verlages Berlin u.a.; Ort: BStU Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

14.3. (Sa), 20.00 Uhr:

„**Wir Angepaßten. Überleben in der DDR**“, Buchpräsentation und Diskussion mit Autor Roland Jahn, BStU; Veranstaltung im Rahmen von „Leipzig liest“; Ort: Museum in der „Runden Ecke“, im ehemaligen Stasi-Kinosaal, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

15.3. (So), 11.00 Uhr:

„**Friedliche Revolution und Demokratie**“, Podiumsdiskussion im Rahmen der Leipziger Buchmesse „Leipzig liest“, mit Prof. Dr. Eckhard Jesse, Herausgeber, Dr. Thomas Schubert, Herausgeber, Prof. Dr. Rainer Eckert, Zeitzeuge; Veranstaltung d. Ch. Links Verlages u.a.; Ort: BStU Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

17.3. (Di), 18.00 Uhr:

„**Weiß und Schwarz – Erinnerungen an den Gulag**“, Heike Blümel, Tochter eines Gulag-Häftlings, stellt Notizen, Briefe, Lyrik und Graphiken ihres Vaters vor; Veranstaltung der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin

17.3. (Di) – 18.3. (Mi):

„**Das letzte Jahr der DDR** – von der Volkskammerwahl zur Wiedervereinigung, Symposium mit Zeitzeugengespräch, u.a. mit Dr. Sabine Bergmann-Pohl, Bundesministerin a.D. u. Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft e.V., Prof. Dr. Norbert Lammert MdB, Präsident d. Deutschen Bundestages, Dr. h.c. Lothar de Maizière, Ministerpräsident a.D., Vorstandsvorsitzender d. Deutschen Gesellschaft e.V., Prof. Dr. Jens Reich, ehemaliges Mitglied der Volkskammer 1990 der Fraktion Bündnis 90/GRÜNE, 18.3., ab 14.00 Uhr: Zeitzeugenbefragung mit Schülern; Veranstaltung d. Deutschen Gesellschaft e.V. u.a.; Ort: Deutsches Historisches Museum Berlin, Unter den Linden 2, 10117 Berlin (17.3. im Schlüterhof, 18.3. im Zeughauskino); Eintritt frei, um Anmeldung wird gebeten: E-Mail heike.tuchscheerer@deutsche-gesellschaft-ev.de, Fax (030) 88 41 22 23



## „Freiheit heißt, die Angst verlieren“

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im März Geburtstag haben

Heinz Wulff am 1. März, Rudolf Hannebauer, Erich Kirsch, Helma v. Nerée am 2. März, Werner Röseberg am 4. März, Manfred Smala am 5. März, Alfred Ganzer am 8. März, Erwin Wüst am 12. März, Wolfgang Schirner am 13. März, Brigitte Durineck, Joachim Winkler am 15. März, Reinhard Dobrinski, Gert Hoppe am 18. März, Manfred Malmström, Edith Schulz am 21. März, Wolfgang Schuranski, Peter Stimming am 23. März, Karl-Dietrich Rösch am 25. März, Gisela Grothe am 26. März, Joachim Nitsch, Gerd Sommerlatte am 27. März, Richard Schulze am 28. März, Hannelore Döring am 29. März

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion >>>

25.3. (Mi), 18.00 Uhr:

**Vorstellung ausgewählter studentische Entwürfe** für ein zentrales Mahnmal für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft, Veranstaltung d. UOKG; Ort: Konrad-Adenauer-Stiftung, Jakob-Kaiser-Saal, Tiergartenstr. 35, 10785 Berlin

25.3. (Mi), 19.00 Uhr:

**2 + 4 – Der Weg zur Einheit**, Expertengespräch mit Markus Meckel, letzter DDR-Außenminister, Berlin, Dr. Dieter Kastrop, Staatssekretär im auswärtigen amt 1990-1995, Bonn, Dr. Emmanuel Droit, Historiker, Berlin; Veranstaltung d. Berliner LStU u.a.; Ort: Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund, Luisenstr. 18, Berlin-Mitte

31.3. (Di), 17.00 Uhr:

**Andacht** der Gedenkstätte Bautzen u.a. in der Kirche der JVA Bautzen; 19.00 Uhr: **„Bilder gegen das Vergessen**. Der Aufstand der Speziallagerhäftlinge in Bautzen im März 1950 im Spiegel der künstlerischen Verarbeitung durch Zeitzeugen“ Ausstellungseröffnung; Veranstaltung d. Gedenkstätte Bautzen; Ort: Gedenkstätte Bautzen, Weingangstr. 8a, 02625 Bautzen

31.3. (Di), 18.00 Uhr:

**Die indiskrete Gesellschaft** – Studien zum Denunziationskomplex und zu inoffiziellen Mitarbeitern, mit Dr. Helmut Müller-Enbergs, BStU, Autor; Veranstaltung der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

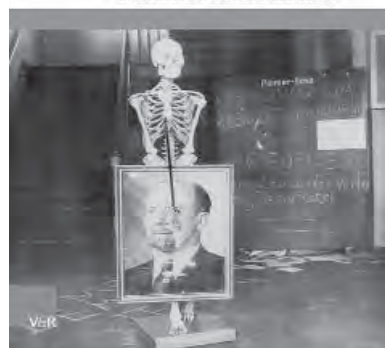
14.4. (Di), 18.00 Uhr:

**„Und der Westen schwieg – Die SBZ/DDR 1945-1975“**, Buchpremiere mit Jochen Stern, Autor, Schauspieler, Jurist u. Bautzen-Häftling; Veranstaltung der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

14.4. (Di), 18.00 Uhr:

**Gehen oder bleiben?** Leben in der DDR zwischen Ausreise, Flucht und sozialistischem Alltag, mit Wolfgang Wieland, Senator a.D., Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft e.V., Prof. Dr. Rainer Eckert, Direktor d. Zeitgeschichtlichen Forums Leipzig, Dr. h.c. Werner Krättschell, Superintendent i.R., Kirchenkreis Pankow, Achim Mentzel, Musiker, 1973 „Republikflucht“, später deshalb zehn Monate DDR-Gefängnis, Susanne Schädlich, Schriftstellerin, 1977 ausgereist, Mod. Peter Wensierski, Der Spiegel; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a. in der Reihe „Erinnerungsort DDR. Alltag, Herrschaft, Gesellschaft“; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

(bstu)Wie kommen Menschen dazu, sich unter den Bedingungen einer Diktatur den Anforderungen der Herrschenden zu verweigern? Was sind ihre Motive? Wie handeln sie? Und mit welchen Repressionen reagierte der SED-Staat auf Menschen, die ihm die Gefolgschaft verweigerten? Diesen Fragen geht Dr. Christian Halbrock, Mitarbeiter der Forschungsabteilung beim BStU, in der vorliegenden Studie nach. Er macht sich auf die Suche nach einer „Kultur des Widerstehens“, die das Spektrum abweichenden Verhaltens in seiner Breite erfassen will. Grundlage der Untersuchung sind die Quellen des MfS, das nicht zuletzt durch seine akribische Dokumentation systemkri-



.....  
*Christian Halbrock: „Freiheit heißt, die Angst verlieren“.* Verweigerung, Widerstand und Opposition in der DDR: Der Ostseebezirk Rostock, i.d. Reihe d. BStU „Analysen und Dokumente“, Vandenhoeck & Ruprecht 2014, 537 S., 39,99 €  
 .....

tischen Verhaltens jeder Art einen einzigartigen Einblick ermöglicht. Diese Quellen hat Christian Halbrock systematisch über vier Jahrzehnte DDR-Geschichte gesichtet und quellenkritisch ausgewertet. Der Ostseebezirk Rostock war durch wichtige Häfen, Werften und Urlaubsorte entlang der Küste gekennzeichnet, aber auch durch ein Atomkraftwerk in der Nähe von Greifswald und die sozialistischen Umgestaltungsversuche der alten Hansestädte Wismar, Rostock und Greifswald. Wie überall in der DDR widersprachen Menschen auch hier der Politik der SED. Einzelne leisteten Widerstand. Die verschiedenen Formen des Aufbegehrens einer Minderheit im Kontext einer mitmachenden Mehrheit zu beleuchten und somit Erkenntnisse über die Dynamik von Widerstehen und Repression zu gewinnen, ist ein weiteres Ziel der Studie. 

### UOKG-Beratungsstelle

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin  
 Fax (030) 55 77 93 40

Florian Kresse, Jurist, Mo-Fr, 10-12 Uhr  
 Tel. (030) 55 77 93 53  
 E-Mail kresse@uokg.de

Carola Schulze, Mo-Fr, 12-14 Uhr  
 Tel. (030) 55 77 93 52  
 E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption),  
 Mo-Fr, 14-16 Uhr  
 Tel. (030) 55 77 93 54  
 E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Beratungsstelle für ehemalige DDR-Heim- und Jugendwerkhofkinder in enger Zusammenarbeit mit der Berliner Anlauf- und Beratungsstelle („Fonds Heimerziehung“)  
 Tel. (030) 57 79 92 01  
 Telefonische Sprechzeit: Mi 10-12 Uhr  
 E-Mail Beratung-DDR-Heimkinder@uokg.de

### Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestra. 103, Haus 1  
 10365 Berlin  
 Tel. (030) 55 49 63 34  
 Fax (030) 55 49 63 35  
 E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin  
 Di 11–18 Uhr, Mi u. Do 11–16 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

## Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Prof. Dr. Hans-Günter Aurich, Eva Aust, Joachim Bauer, Peter Bosse, Klaus Buchin, Eberhard Büttner, Gertraud Engelskircher, Dietmar Erdmann, Pia Falck, Heike Fegeler, Peter Feige, Annelie Fratz, Gottfried Fröhlich, Gerhard Gärtner, Uwe Gerig, Kurt Große, Dietrich-Konrad Handt, Dorothea Hinz, Manfred Hofmann, Roland Jacobi, Claus Klappert, Friedrich u. Käthe Klausch, Helga Kupte, Dr. Jürgen Miersch, Horst Mundlos, Henning Niemann, Ulrich Opperskalski, Ruprecht v. Poncet, Eike Christine Radewahn, Gerda v. Reitzenstein, Lisbeth Rentsch, Gerhard Riesmeier, Jürgen Ritthaler, Hans Rocke, Wolfgang Rullik, Rocco Schettler, Josefa Schmidt, Horst Schmiel, Kurt F. Scholz, Judith Schubert, Dietrich Schulz, Edith Seidler, Barbara Simon, Herbert Stephan, Klaus-Joachim Surma, Hans-Hermann Voß, Herbert Winter, Helmut Zock

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein  
Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48  
Berliner Bank AG  
IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01  
BIC: DEUT DE DB110  
Verwendungszweck:  
„Stacheldraht-Spende“

### Das Zitat

Ein autoritärer Staat ist ein Staat, in dem jeder das tun darf, was er muß.

Danny Kaye

### Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia  
Sprechzeiten: Mi 11–17 Uhr  
**BSV-Förderverein für Beratungen**  
Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1  
10365 Berlin  
Telefon (030) 55 49 63 34  
Fax (030) 55 49 63 35  
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de  
Konto: BSV-Förderverein  
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48  
Nr. 665 52 45 00  
IBAN DE85 1007 0848 0665 5245 00  
BIC DEUT DE DB110

### Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Bundesvorsitzender: Rainer Wagner  
Vorstandsbeauftragte:  
Dr. Christian Fuchs, Theo Mittrup  
Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40  
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19  
Ruschestraße 103, Haus 1  
10365 Berlin  
Internet: [www.uokg.de](http://www.uokg.de)  
E-Mail: [Info@uokg.de](mailto:Info@uokg.de)  
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,  
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24  
IBAN DE79 1007 0024 0734 2728 00  
BIC DEUTDE33HAN


Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin  
PVSt. Deutsche Post AG. Entgelt bezahlt

\*13017#000#0412\*

## Impressum DER STACHELDRAHT

**Herausgegeben** von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

**Redaktion:** Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: [der-stacheldraht@web.de](mailto:der-stacheldraht@web.de)  
Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110

**BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG**  Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

**Herstellung:** Satzherstellung Werner Neymanns, Föttinger Zeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: [neymanns@satzherstellung.com](mailto:neymanns@satzherstellung.com), Internet: [www.satzherstellung.com](http://www.satzherstellung.com)  
Verkaufspreis 1,- Euro  
Auflagenhöhe 10 000

Bezug über die Redaktion  
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.  
Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 17. Februar 2015

